A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

III. Wahlperiode/19.Sitzung.
2.Sitzungsperiode 1931.

Stenographischer Bericht

über die am Dienstag,den 14.April 1931 im Neunen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

---

orsitzender Scheuer: Meine Herren! Ich eröffne die Sitzung (9 Uhr 40 Minuten!).

Die Regierungskommission ist vertreten durch:

Herrn Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar;

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor, die lautet:

I. Bildung der Kommissionen;

II. Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1. Die Aufwertung der Sparkassenguthaben;
2. Jugendgerichtsverordnung;
3. Abänderung des Polizeikostengesetzes vom 3.Juni 1908 (G.S.S.149);
4) Verbot der Ausfuhr von Pferden,Rindern,Schafen, Ziegen, Schweinen und Geflügelarten, die über die Zollgrenze in das Saargebiet eingeführt wurden, und betreffend das Schlachten von Vieh zur Ausfuhr des Fleisches.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4 I

51

Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich dem Hause mitzuteilen, daß Herr Abgeordneter Daub mit Schreiben vom 30.3. ds.Js. sein Mandat niedergelegt hat.

Die nächstfolgenden Bewerber des kommunistischen Wahlvorschlags, die Herren Ulrich und Eifler, haben zu Gunsten des Herrn Friedrich P f o r d t, Redakteur, Saarbrücken 1 auf die Übernahme des freigewordenen Mandats verzichtet.

Ich habe daher Herrn Abgeordneten Pfordt zur heutigen Sitzung auf ordnungsmäßigem Wege eingeladen. Herr Abgeordneter Pfordt hat bereits im Hause Platz genommen.

Meine Herren! Wir treten sodann in die Tagesordnung ein. Zu

Punkt 1: Bildung der Kommissionen,

schlage ich vor, die Kommissionen in ihrer bisherigen Besetzung zu belassen. Anstelle des Abgeordneten Daub tritt Herr Pfordt.

Zu Punkt 2 ist vorgeschlagen, die Vorlagen wie folgt in die Kommission zu verweisen:

Vorlage	1	in die	3 und	5	Kommission;
"	2	"	"	8	"
"	3	"	"	4	"
"	4	"	"	3	".

Meine Herren! Da das ganze Saargebiet auf die Verabschiedung der Vorlage betr. Aufwertung der Sparkassenguthaben wartet, darf ich vorschlagen, daß die beiden Kommissionen ihre Arbeit so rasch als möglich aufnehmen. Von morgen ab steht ein Saal zur Verfügung.

Widerspruch gegen die Vorschläge erhebt sich nicht. Die Tagesordnung ist somit erschöpft.

Es liegen noch eine Anzahl Anträge vor. Ich erteile zunächst Herrn Abgeordneten Martin das Wort!

Abg. Martin (Z): Meine Herren! Namens der Zentrumsfraktion habe ich folgende

E r k l ä r u n g

zu dem Bericht der Regierungskommission über die Beschwerde der Zentrumspartei betr.:

Werbung zur französischen Schule

abzugeben:

„Die Zentrumsfraktion des Landesrates hat vor einem Jahr eine Eingabe an die Regierung gerichtet, in der sie gegen die bei der Werbung für die Domanialschulen angewandten Methoden B e s c h w e r d e erhebt.

6 Tage nach Eingang unserer Beschwerde hat die Regierung Herrn Dr. Vezensky mit der Untersuchung der Angelegeneheit beauftragt. Es hat aber ein Jahr gedauert, bis wir endlich Antwort bekamen. Sie lief zu der Zeit ein, da auch die Presse sie zugestellt bekam, wenngleich in dem Schreiben an die Fraktion das Datum vom 27.März steht, während das

Schreiben

LR Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Schreiben an die Presse auf den 30.März lautet. Doch das ist nebensächlich.

Wichtiger erscheint uns die zögernde Behandlung durch die Regierung und die Methoden der Untersuchung. Es gewinnt fast den Anschein, als ob die Antwort nur gezwungen erteilt worden sei. Beachten Sie bitte folgende Daten:

Am 9. April 1930 ging eine Entschließung der Zentrumsfraktion betr. Schulwerbung mit Begleitschreiben an Herrn Präsidenten Wilton.

Am 5. Mai 1930 wurden die Herren Levacher, Kiefer und Martin in derselben Angelegenheit bei Herrn Dr.Vezensky vorstellig.

Am 6. Mai 1930 wurde das in dieser Audienz erwähnte Material über Jägersfreude an Herrn Dr. Vezensky abgesandt.

Am 14. Mai 1930 ging die Abschrift eines Briefes, den ein kathol.Pfarrer in der gleichen Angelegenheit an den Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken gerichtet hatte, gleichfalls an Herrn Dr. Vezensky ab.

Am 3. Juli 1930 rügte der Abgeordnete Martin im Landesrat die Art der Einladung der Bergleute über die Grubenverwaltung durch Herrn Du Pasquier.

Am 25. Juli 1930 bemängelte der Abgeordnete Levacher in der Landesratssitzung dann, daß immer noch keine Antwort auf unsere Beschwerde erfolgt sei.

Am 17. Februar 1931 erinnerte der Abgeordnete Martin im Auftrage der Zentrumsfraktion Herrn Koßmann an die Erledigung unserer Beschwerde und machte ihn auf die dilatorische Behandlung unserer Beschwerde aufmerksam.

Am 27. März 1931 ging ein Brief der Zentrumsfraktion an den Herrn Präsidenten der Regierungskommission, in welchem wieder Beschwerde gegen die langsame Behandlung unserer Eingabe erhoben wurde.

Am 30. März 1931 endlich kam die Antwort.

Wir waren auf alles gefaßt, nur nicht auf diesen langsamen Gang. Jeder Vermutung ist Tüt und Tor geöffnet. Die Beteiligten fragen sich: Hat man der Beschwerde keine Bedeutung beigelegt oder wollte man durch Verzögern der Antwort die Sache zum Einschlafen bringen ? Wollte man der Grubenverwaltung Zeit lassen, ihrerseits Beschwerden vorzubringen, oder wollte man verhindern, daß eine noch unerledigte Beschwerde nach Genf ginge ? Wir wissen es nicht. Die Verzögerung kann auch nicht damit erklärt werden, daß im Jahre 1931 neue Fälle hinzugetreten seien. Diese von der Regierung von anderer Seite gemeldeten Fälle, die sich auf Rockershausen, Püttlingen und Hostenbach beziehen, sind von ihr nicht einmal erwähnt worden. Herr Kiefer wartet heute noch auf Antwort auf seinen offenen Brief. Außerordentlich erstaunt sind wir, daß wir statt einer Antwort auf unsere Beschwerde einen Bericht über die Untersuchung betr. Werbung für und gegen die Domanialschulen" erhalten. Es wird so der Anschein erweckt, als ob hüben und drüben gesündigt werde, und als ob die deutsche und französische Schule in voller Gleichberechtigung nebeneinander stünden.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4 I

stünden. In Wirklichkeit ist es so, daß die deutschen Schulen als die u r s p r ü n g l i c h e n und naturgegebenen den

vollen Schutz des Versailler Vertrages genießen,

während die französischen Schulen nur eine Konzession darstellen an die Franzosen, die sich zur Ausbeutung der Gruben hier als Gäste aufhalten. Es wäre natürlich, wenn das Franzosenkind als Gast eine deutsche Schule besuchte. Es ist aber unnatürlich, wenn ein deutsches Kind in die nur aus Entgegenkommen bewilligte Auslandsschule geht. Demgemäß ist auch die Werbung für die Domanialschule unnatürlich, erst recht, wenn mit unlauteren Mitteln gearbeitet wird. Die Warnung vor dieser Schule ist aber sittlich berechtigt und durchaus erlaubt, daher auch der Hirtenbrief unseres Bischofs, der im Februar 1924 auf allen Kanzeln verlesen wurde.

Damit ist die Gleichstellung der Propaganda mit der Gegenpropaganda vollständig abwegig. Das Fazit, daß mit dem hüben und drüben agiert wird und sich damit alles kompensiert, müssen wir ablehnen. Trotz der Verneinung der Regierung, daß unzulässige Mittel seitens der Lehrer an französischen Schulen angewandt worden seien,

stehen wir nach wie vor zu unserer Behauptung.

Wir sind auch heute noch bereit, Bergleute anzugeben, die unter Eid für ihre Angaben zeugen werden. Doch was nützt das Anbieten vieler Beweismittel, wenn die Franzosen alles ableugnen, und die Regierung erklärt, andere Mittel zur Ergründung der Wahrheit stünden ihr nicht zur Verfügung.

Vor allen Dingen ist das Ermittlungsverfahren der Regierungskommission bei der Untersuchung zu bemängeln.

Die Abteilung der Regierungskommission, gegen die die Zentrumsfraktion die schwersten Vorwürfe erhoben hat, spielt bei der Untersuchung dieser Vorwürfe in unserer Angelegenheit Kläger und Richter zugleich. Daß dabei nichts Gedeihliches herauskommen konnte, versteht sich von selbst. Sie begnügt sich mit einfachen Vernehmungen. Sie gibt zu: "Bei diesem Verhalten (Nichterscheinen von Zeugen, Aussagenverweigerung usw.) mag die Furcht vor Nachteilen von der einen oder anderen Seite eine gewisse Rolle gespielt haben." Sie hätte schon längst zu dem Schlusse kommen müssen, daß eine solche Untersuchung zu keinem Ende führen kann, wenn sie nicht zum mindesten den klagenden Bergleuten die Gewähr bietet, daß ihnen bei ungeschminkter Aussage kein wirtschaftlicher Schaden erwachse. Sie hat Staatsbetriebe, wo die Leute unterzubringen wären. Wenn die Regierungskommission nicht befugt war, die zu vernehmenden Personen zu vereidigen, dann hätte sie längst mit der Vorlage eines Gesetzes kommen müssen, das

die gerügte Werbung für die französische Schule unter Strafe stellt.

Wir sind überzeugt, daß die ordentlichen Gerichte die Wahrheit schon an den Tag gebracht hätten. Ein anderes Mittel wäre ein Schiedgerichtsverfahren, das die Ver eidigung der Zeugen gestattet.

<u>Die</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4

Die Erklärung der Regierung, daß sie kein Recht und keine Macht habe, einzugreifen, solange keine unzulässigen Mittel angewandt werden, ist ausweichend. Was will sie denn tun, wenn die Anwendung unzulässiger Mittel erwiesen ist ? Was will sie tun, um die Wahrheit zu ermitteln ?

Sie sagt, daß Aussage gegen Aussage stehe. Ein anderes Mittel als das der Vernehmung stehe ihr nicht zur Verfügung. Fürwahr, eine stärkere Erklärung ihrer Ohnmacht konnte die Regierung nicht geben.

Als während der Friedensverhandlungen in Versailles die Franzosen die Annexion des Saargebietes forderten, erklärte W i l s o n : „Ich will Frankreich jede Art von Schadenersatz geben, auf den es einen Anspruch hat; doch habe ich kein Recht, ihm Völker zu überantworten, die nicht wünschen, zu ihm zu gehen, noch sie unter eine Völkerregierung zu stellen, selbst wenn sie besser wäre, wenn sie eine solche nicht wollen." So berichtet B a c k e r, der Herausgeber der Memoiren Wilsons. Doch Wilson fügte sich gegen seine bessere Überzeugung, um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen. Daher hat Backer recht, wenn er der Überzeugung der Amerikaner Ausdruck gibt, indem er erklärt:

> " Es läßt sich nicht leugnen, daß das Saarabkommen mit allen daranhängenden Schutzmaßnahmen in seiner jetzigen Gestalt mehr durch das französische Verlangen als durch einen unparteiischen Versuch, die Friedensgrundsätze anzuwenden, erzwungen wurde."

Wir, die wir vor elf Jahren infolge dieses Saarabkommens ungefragt einer Sonderregierung von Ausländern unterworfen worden sind und die Schutzmaßnahmen am eigenen Leibe erfahren haben, stimmen dem restlos zu.

Unsere kulturellen Belange sind nicht geschützt. Unsere Bergleute sind das Freiwild willfähriger Grubenbeamten und Lehrer an französischen Schulen geworden. Unsere Regierung erklärt sich außerstande, unsere Bergleute besser schützen zu können. Das Volk hat gar kein Vertrauen mehr. Die kulturellen Nöte des Saargebietes liegen in dem hier geltenden Regierungssystem beschlossen, das nach Karl Schmitt bis in die Wurzel hinein unsittlich ist und unhaltbar geworden ist. Je eher es verschwindet, um so besser. Erst dann wird unsere Bevölkerung wieder frei aufatmen können. Die Art der Behandlung unserer Beschwerde und die Führung der Schulpolitik hat gezeigt, daß wir

zu Herrn Minister Dr. Vezensky und seinen Beratern
kein Vertrauen

haben können. Selbst die Behandlung rein formaler Angelegenheiten läßt erkennen, daß der offene Brief des Herrn Dr. B o n g a r d nicht ohne Berechtigung gewesen ist.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schneider!

Abg. Schneider (SP): Meine Herren! Wir haben oft genug, sowohl in der Presse als auch an dieser Stelle, erklärt, daß wir die Frage der französischen Schulen im Saargebiet nicht so tragisch nehmen wie die sogenannten „deutschen" Parteien des Saargebietes es getan haben, die oft aus der Behandlung dieser Frage einen großen Rummel machen und immer wieder von der Gefahr der französischen Schulen sprechen, oft gerade in den Augenblicken, wo es vielleicht am wenigsten angebracht ist. Wir nehmen diese Frage deswegen nicht so tragisch, weil wir zu der proletarischen Bevölkerung des Saargebietes das unbedingte Vertrauen haben, daß ihr und ihrer Kinder Deutschtum durch die französischen Schulen nicht im geringsten erschüttert wird. Wir werden uns deshalb von dem Gebaren der Rechtsparteien, die so tun, als ob das Deutschtum der Saar durch die französischen Schulen gefährdet sei, nicht beeinflussen lassen; wir wundern uns nur über die törichten Versuche der Bergbauverwaltung, die sie überhaupt mit den französischen Schulen macht und die ihr nichts als Kosten und Mühe verursachen. Das Geld, das von der Bergbauverwaltung für die französischen Schulen ausgegeben wird, ist, nach unserer Ansicht, direkt zum Fenster hinausgeworfen. Wir billigen aber und unterstützen den Protest der Rechtsparteien, soweit er sich gegen die Druckmaßnahmen der Bergbauverwaltung richtet, die im klaren Gegensatz zu dem Wortlaut des Friedensvertrages stehen, wenn dadurch deutsche Kinder in französische Schulen hineingepreßt werden. Wir glauben jedoch nicht, daß mit den Methoden der Rechtsparteien, wie sie eben hier bezeichnet wurden, eine Änderung der Dinge eintreten wird. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die ganze Frage der französischen Schule herausgenommen werden muß aus dem Widerstreit zwischen den Parteien und der Regierungskommission, heraus auch aus der Frage, ob die Grubenverwaltung ein Recht hat, diese Schulen für deutsche Kinder einzurichten. Wir glauben, daß diese Frage nur gelöst werden kann, wenn die gesamten Streitfragen, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehen, bereinigt werden. Demnach darf die Streitfrage der französischen Schule im Saargebiet nicht benutzt werden, die bestehenden Gegensätze zu vertiefen, sondern sie muß mit ein Anlaß sein, die deutsch-französische Verständigung zu fördern.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Landesrates gibt daher zu dieser Frage folgende Erklärung ab:

Erklärung

"Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes hat stets den Standpunkt vertreten, daß die französischen Schulen des Saargebietes lediglich für die Aufnahme französischer Kinder in Frage kommen können.

Sie ist auch der Meinung, daß seitens einiger ungeordneter Organe der französischen Bergbauverwaltung und ihrer Domanialschulen an der Saar ein unerlaubter und nicht zu billigender Druck auf deutsche Bergleute der Saar ausgeübt wird, ihre Kinder statt in die deutsche in die französische Schule zu schicken, und daß diese Druckmaßnahmen zwar von oben her seitens der Leitung der französischen Bergbauverwaltung nicht angeordnet aber auch nicht desavouiert werden.

Demgegenüber

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

56

Demgegenüber betont sie mit allerstärkstem Nachdruck das Recht des deutschen Kindes an der Saar auf seine deutsche Schule.

Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes sieht in einer rechtlichen Austragung dieser Angelegenheit keine Möglichkeit zu einer endgültigen Bereinigung dieser außerordentlich wichtigen Kultur- und Schulfrage an der Saar.

Sie sieht auch keine weitere Möglichkeit durch einen Kampf bei der Regierungskommission des Saargebietes und beim Völkerbundsrat diese Angelegenheit in ersprießlicher Weise weiterzuführen.

Die einzige Möglichkeit zu einer endgültigen Erledigung besteht in einem deutsch-französischen Verständigungspakt, bei dem unter Ausschaltung der rechtlichen und der Prestigefragen eine politische Verständigung über diese Angelegenheit herbeigeführt werden muß.

Bis zu einer solchen deutsch-französischen Verständigung sieht sie die einzig wirksame Maßnahme in einer geschlossenen Ablehnungsfront aller Deutschen des Saargebietes, die es allerdings nicht verträgt, daß dieselben führende Leute, die öffentlich gegen die französische Schule protestieren, zu gleicher Zeit an ihr gegen Bezahlung und Naturallieferung Unterricht erteilen und von der französischen Bergwerksverwaltung für konfessionelle Zwecke Geschenke und Gelder in erheblichem Umfange annehmen, wodurch in den breiten Massen der deutschen Saarbevölkerung der Kampf gegen die Schulmaßnahmen der französischen Bergbauverwaltung von vornherein mißkreditiert wird.

Diese geschlossene Abwehrfront aller Deutschen des Saargebietes bedingt ebenfalls die Ausschaltung aller konfessionellen und nationalistischen Verhetzungen in den deutschen Schulen der Saar."

Die einmütige Abwehrfront aller Deutschen an der Saar verträgt es nicht, daß die führenden Leute, die in der Öffentlichkeit gegen die französischen Schulen Stellung nehmen, zu gleicher Zeit dieser französischen Schule dienen und sich diese SDienste bezahlen lassen. Auch verträgt sie es nicht, daß man von der französischen Bergverwaltung Geschenke entgegennimmt, die den Kreisen zugute kommen, die angeblich gegen die französischen Schulen kämpfen. Und zum dritten, ist es mit unserer Abwehr unvereinbar, daß man an den deutschen Schulen an der Saar vielfach eine konfessionelle und nationalistische Verhetzung betreibt, und dadurch schuld ist, daß deutsche Kinder in französische Schulen gehen, um nicht konfessionellen und nationalistischen Verhetzungen zum Opfer zu fallen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler!

bg. Heckler (KPO): Meine Herren! Wir stellen fest, daß besonders in der letzten Zeit von seiten der französischen Bergwerksverwaltung ungeheure Druckmaßnahmen ausgeübt werden gegen diejenigen Bergleute, deren Kinder die deutsche Schule besuchen,um sie zu veranlassen, ihre Kinder aus der deutschen Schule herauszunehmen und sie der französischen Domanialschule einzugliedern. Es steht fest, daß in verschiedenen Orten, unter anderen auch in meinem Heimatsorte Wiebelskirchen ein Angestellter der französischen Bergwerksverwaltung mit noch jemand Erhebungen tätigte, bei Bergleuten,deren Kinder die deutsche Schule besuchen. Sie haben Druckmittel dabei gebraucht, sie gingen dazu über in einigen Fällen Leute von über Tag nach unter zu verlegen, anderseits wurden Inhaber von Werkswohnungen aus ihren Wohnungen entfernt, weil sie sich weigerten, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken. Man muß hierbei in Betracht ziehen,daß das Abhängigkeitsverhältnis, das zwischen Arbeiter und Bergwerksverwaltung besteht, dazu benutzt wird, um einen Druck auszuüben, um sich kulturelle Vorteile zu sichern. Wir stehen auf dem Standpunkt und verlangen von der Regierungskommission, daß unter allen Umständen mit den schärfsten Mitteln gegen die Maßnahmen der französischen Bergwerksverwaltung vorgegangen wird. Auf der andern Seite wissen wir aber auch, daß wir heute im Saargebiet aufs engste verbunden sind mit der deutschen Arbeiterschaft und von ihr die Gestaltung der Geschicke unterworfen sind. Auf der andern Seite sehen wir, daß verschiedene Parteien sich an die Regierungskommission gewendet und gegen die Maßnahmen der französischen Bergwerksverwaltung protestiert haben. Wir müssen feststellen, daß besonders das Zentrum hier Proteste losgelassen hat und wir sagen: Das Zentrum hat unter keinen Umständen irgend einen Grund gegen die Maßnahmen der Schulabteilung, gegen die Maßnahmen der französischen Bergwerksverwaltung zu protestieren. Wir müssen feststellen, daß die gesamte Schulabteilung sich fast restlos in Händen von Zentrumsleuten befindet. Man sagt, das Arbeitsamt ist das Parteibüro der Sozialdemokraten geworden.

(Unruhe bei den Sozialdemokraten und Widerspruch)

Ich kann nur das sagen, was draußen die Kumpels sagen. Auf Auf der andern Seite kann man sagen, daß die Schulabteilung das Parteibüro des Zentrums geworden ist.

(Unruhe beim Zentrum!)

(Zum Zentrum gewandt:) Sie haben gar kein Recht,irgendwie zu protestieren gegen die Maßnahmen, die die Schulabteilung gegenwärtig durchführt. Und meine Herren, der offene Brief des Herrn Schulrat Bongard. Auf Seite 5 sagt er: Seit 3 Monaten kennen die Herren Veszensky und Koßmann den offenen Brief und bisher ist nichts geschehen. Auf Seite 15 sagt er: In der Schulabteilung wird nicht nebeneinander,sondern gegeneinander gearbeitet. Außerdem beschwert er sich auf Seite 17,daß Herr Minister Koßmann ihn nicht angehört habe. Aus dem Gesagten geht klar hervor, daß Herr Koßmann, das saarländische Mitglied der Regierungskommission, die Maßnahmen der Regierungskommission vollständig deckt, und die Domanialschulen mit allen möglichen Mitteln unterstützt. (Zum Zentrum gewandt:) Sie haben also am allerwenigsten das Recht irgendwie zu protestieren gegen die Maßnahmen der französischen Bergwerksverwaltung. Und wenn wir in der

Vergangenheit

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler!

Abg.Heckler (KP): Meine Herren! Wir sagen grundsätzlich,daß wir in dem heutigen System nicht das System erblicken, dem Kinde eine Grundlage mitzugeben. In der deutschen Schule haben wir auch Maßmahmen, die jeder Beschreibung spotten,denn wie behandelt man die Kinder von Dissidenteneltern ? Die Kinder werden vom Pastor aufgehetzt, indem gesagt wird, die Menschen laufen im Sommer nackt herum und schlafen beieinander. Wir haben einen weiteren Beweis von der Lehrerin Töpfer von Dudweiler, daß Kinder von Dissidenteneltern mißhandelt werden. Wir haben kein Interesse daran, die Haltung,die Sie einnehmen, zu verteidigen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

Abg. Schmelzer(DSV): Meine Herren! Vor 5 oder 6 Jahren wäre die Angelegenheit der französischen Schulen im Landesrat anders behandelt worden wie heute. Damals waren wir einig im Abwehrwillen gegen die Übergriffe der Regierungskommission und der Bergwerksdirektion. Ich erinnere Sie an den Beschluß des Völkerbundsrates im Dezember 1923 in Rom. Heute sind die Dinge anders geworden. Ich kann mir denken, daß daraus die Gegner der deutschen Saarbewegung gewisse Hoffnungen schöpfen. Darauf näher einzugehen, davon will ich absehen. Herr Hoffmann hat in der Kommission darauf hingewiesen, daß in der sozialistischen Partei gewisse Differenzen in dieser Angelegenheit bestehen. Er hat vorher interpretiert, die Differenzen bestünden nur zwischen Partei und „Volksstimme". Es scheint aber so zu sein, daß Einmütigkeit besteht. Die Landeszeitung weist darauf hin, daß vor einiger Zeit in der „Volksstimme" in einem Artikel geschrieben worden sei, daß der Bericht des Ministers Dr.Veszensky vornehm und objektiv gewesen sei. Ein weiterer Artikel vom „Ring der Maschinisten und Heizer"besagt, daß der Bericht des Ministers sehr mager ausgefallen sei. Was ist nun richtig? Die „Forbacher Neuesten Nachrichten" weisen auf ein Flugblatt, das sich gegen die französischen Schulen wendet,hin und fragen, warum ist die zweitstärkste Partei des Saargebietes nicht dabei ? Die Frage interessiert uns auch. Der Sprecher der sozialistischen Partei hat uns die Antwort erteilt, er sagte: „wir nehmen die ganze Sache nicht so tragisch, nach dem Bericht des Herrn Dr.Veszensky sind wenig unzulässige Mittel angewandt worden."- Er ist ja vornehm und objektiv -. Es wird verwiesen auf die große Bereinigung aller Streitfragen zwischen Deutschland und Frankreich. Dann ist alles beseitigt, dann ist alles in Butter. Die sozialistische Fraktion sieht keine Möglichkeit, den Bergleuten zu helfen, d sie vertröstet auf die große Versöhnung, die sicher irgend einmal kommen wird.

(Zuruf des Abg.Lieser(SP): Die Sie erschweren!)

Ich werde auf den Zwischenruf eingehen. Ich glaube nicht, daß die Franzosen erklären, das, was ihr im Saargebiet macht, ist keine große Angelegenheit, das ist eine Bagatelle. Aber, meine Herren, das ist keine Bagatelle für die, die davon betroffen werden. In die französische Schule gehen 100 Kinder französischer Eltern, 2000 Kinder von Bergleuten und nur 100 Kinder von solchen Eltern, die mit der Bergwerksverwaltung nichts zu tun haben. Ob nicht unter den hundert noch Eltern sind, die in irgendwelcher Abhängigkeit stehen. Meine Herren, wenn Sie diese Zahlen gegenüberhalten,dann kann keine Rede davon sein, daß es Bagatellsachen sind. Und wenn Sie durch's Land gehen und sehen, wie der Druck ausgeübt wird, dann kann keine Rede von Bagatellsachen sein, und wer das sagt, der fühlt sich nicht in der Lage eines Vaters oder einer Mutter, die genötigt werden, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken, die dem Kind nichts bietet für sein späteres Fortkommen. Das ist aus Lehrer-Kreisen wiederholt betont worden und auch in Massenversammlungen aller Lehrer zum Ausdruck gekommen. Das Kind lernt weder deutsch noch französisch. Es ist nicht so,daß nur die befähigten Kinder aufgenommen werden, die zwei Sprachen lernen und später behalten können. Es wird aufgenommen wahllos, wie sie kommen, nicht nur aufgenommen, gedrückt werden die Eltern, gepeinigt bis aufs Blut, ihre Kinder dorthin

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

zu schicken. Wenn es dann noch jemand fertig bringt, zu sagen: das ist eine Bagatelle - das ist nicht tragisch - da macht man keinen großen Rummel daraus- so beneide ich jenen nicht um seine Stellung gegenüber den Bergleuten, die auf diese Art gepeinigt werden. Dadurch wird die deutsch-französische Versöhnung nicht gefördert. Denen will ich nur wiederholen: Damit fördern Sie dieses hohe Ziel nicht. Ganz gewiß ein hohes Ziel, wenn ich den andern auf Gedeih und Verderb ausliefere und sogar aufreize, dann führt das nicht dazu, daß die Versöhnung Fortschritte macht. Es gibt immer noch Menschen, die eine Versöhnung zu diesem Preis nicht wollen.Wir sehen das tragische in dieser Sache, an diesem wichtigen Problem, daß 2000 Menschen davon betroffen werden, und was wichtiger ist, die noch davon betroffen werden können. Darum handelt es sich, die unter dem Druck stehen, wenn von uns aus der Abwehrwille nicht aufgebracht wird. Wir gehen schönen Zeiten entgegen, dann liefern wir die tausenden Bergleute aus dem Druck der Beeinflussung, der natürlich noch viel stärker wird, wenn sich die französische Bergwerksverwaltung und wohlmeinende Regierungskommission und Herr Vezensky darauf berufen können: es ist eine Bagatelle. Ich möchte der Regierungskommission sagen, sie soll nicht allzugroße Hoffnungen setzen auf derartige Erklärungen. Das Saarvolk wird immer noch bereit sein, die Abwehrstellung zu behalten in der Angelegenheit der französischen Schulen,die es von jeher gehabt hat und mit der wir Erfolge erzielt haben. Das ganze Saarvolk steht trotz dieser Erklärung hinter denjenigen, die sich gegen diese Machenschaften verschließen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhard!

Abg.Reinhard(KPO): Meine Herren! Der Kampf um die Schule, der hier entbrannt ist, hat zweifellos seine Ursachen. Denn es heißt nicht umsonst, wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Es bleibt in diesem Hause die Frage, wer die Erziehung der Kinder an der Saar leiten und führen soll. Es steht die Frage zur Debatte, ob hier eine staatliche Schule oder irgend eine Werkschule das Recht und die Befugnis hat, die Kinder zu erziehen. Als Kommunisten sehen wir die Frage so: Auf der einen Seite haben wir eine staatliche Schule, die nicht nur im Saargebiet, sondern im Reich nicht den Bedürfnissen entspricht, wie wir Proletarier es wünschen. Auf der andern Seite steht eine Schule, die einmal vom Klassenstandpunkt aus gesehen, eine reine Unternehmerschule darstellt. Es ist eine Schule, die der größte Unternehmer des Saargebietes, in diesem Fall der französische Fiskus, eingerichtet hat, zweifellos erstens einmal zu dem Zweck, die Kinder, die diese Schulen besuchen, zu erziehen im Interesse des Unternehmertums, zum zweiten Zweck, der wahrscheinlich der größere und wichtigere ist, die Bestrebungen des französischen Imperialismus zu fördern.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Das sind zwei ausgesprochene Fragen, die vor uns stehen.Die Kommunistische Partei hat heute in einer Erklärung sich grundsätzlich gegen die Unternehmerschule und auch gegen die imperialistischen Bestrebungen dieser Schule gewendet, und

es

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4

es wundert mich, daß anderseits Funktionäre dieser Partei Briefe an die Bergwerksverwaltung schreiben und auf die Kundgebungen der Bergwerksschulen gehen, sich dort einsetzen, damit die Kommunen diese Bergwerksschulen auch noch finanziell unterstützen sollen.

(Zurufe: Hört, hört!)

Aber die Leute, die „hört, hört" rufen von der Rechten, die vielleicht glauben, auf ihr Recht zu kommen, werden sich wundern, was ich auch ihnen nachher zu erzählen habe. Erstens einmal haben wir Kommunisten in diesem Hause stets eine klare eindeutige Haltung eingenommen. Wir haben uns stets gegen die imperialistischen Bestrebungen des französischen Imperialismus gewandt, und wir haben das Recht dazu, weil wir uns international gegen jede Unterdrückung irgend einer Minderheit wenden. Wir haben uns zweifellos in diesem Hause stets dafür eingesetzt, daß in der deutschen Volksschule ein solcher Geist einzuziehen hat, wie er dem Programm des Kommunismus und den Interessen der Arbeiterklasse dient. Ich habe gesagt, die Kommunistische Fraktion hat eine eindeutige Erklärung abgegeben. Ich frage Sie, inwieweit Ihre Presse, seitdem wir nicht mehr zur offiziellen Kommunistischen Partei gehören, eine klare Haltung eingenommen hat. Ist es richtig, daß Artikel in der Arbeiter-Zeitung erschienen sind, die viel verwaschener und noch viel zweifelhafter eine Haltung eingenommen haben zur französischen Bergwerksverwaltung, wie es hier von der Sozialdemokratischen Partei geschehen ist. Ich bringe Beweise dafür. Wir haben in dem Warndtgebiet z.B. in der Ludweiler Gemeindevertretung vier Kommunisten der offiziellen Partei sitzen. Zwei dieser Kommunisten schicken ihre Kinder auf die französische Bergwerksschule. Der eine davon arbeitet nicht auf der französischen Grube, er wohnte vorher im Ort. Er sandte seine Kinder in die Bergwerksschule und bekam dafür eine Wohnung auf der französischen Kolonie. Dieser Kommunist war bis vor kurzem Führer oder Sekretär des Rot-Frontkämpfer-Bundes Saar - er heißt Bessot -, war jetzt auf dem Elternabend der französischen Bergwerksverwaltung und hat dort gesagt, er würde sich einsetzen dafür, daß die Ludweiler Gemeinde auch für die Bergwerksschule und für die Kinder, die diese Schule besuchen, die Kinderspeisung einzuführen hätte. Das ist ein Beweis. Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei in Karlsbrunn - ich habe mich am Samstag vergewissert, daß er es ist - hat einen Brief an die Bergwerksverwaltung geschrieben und die französische Bergwerksverwaltung ersucht, entweder in Karlsbrunn eine französische Schule zu errichten oder aber Transportmöglichkeiten zu schaffen, um die Kinder der Leute, die von Karlsbrunn gewillt sind, die Schule zu besuchen, nach Ludweiler zur Domanialschule zu befördern. Es haben auch einige Leute unterschrieben. Merkwürdig sind sie alle bis auf ein Mitglied der offiziellen Kommunistischen Partei. Das übrige Gemeinderatsmitglied von Ludweiler, - es heißt Bestor -, war auch auf dem Elternabend und hat sich mit seinem Freund Bessot ebenfalls für die Ziele der Unternehmer eingesetzt. Auf den Brief des Vorsitzenden von Karlsbrunn hat der Direktor der französischen Bergwerksschule auf dem Schacht Saar und Mosel, wo diese Arbeiter von Karlsbrunn arbeiten, seine Besprechung mit den Leuten abgehalten. Auf der Einladung stand, in der Saarlandpresse veröffentlicht, daß die Teilnehmer an dieser Besprechung wegen ihrer Schichtzahl sich an den Steiger wenden sollten. Diese Kommunisten haben die Schicht bezahlt bekommen von dem Steiger. Auf dieser Besprechung dort hat der Direktor der Bergwerksschule gesagt:

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

gesagt: Schickt nur eure Kinder, ihr werdet ganz gewiß mehr Vorteile haben, als wenn ihr sie in die Volksschule schickt. Ich mache darauf aufmerksam, daß Kommunist Bessot von Ludweiler, dessen zwei Kinder auch in die Schule gehen, dessen ältesten Sohn haben wir eine gute Stellung in Paris besorgt. Der Mann ist noch Funktionär der offiziellen Partei. Ihr habt eine andere Politik vertreten, sorgt dafür, daß die Sache unterbunden wird.

Ich kann nicht verstehen, daß Kommunisten für einen Unternehmer eintreten, genau so, wie wir uns gegen die französische Bergwerksverwaltung wenden gegen die Bestrebungen, unsere Kinder in ihrem Geist zu erziehen, würden wir uns dagegen wenden, wenn ein anderer Unternehmer des Saargebietes solche Schulen aufmachen würde und von der Regierung gesetzliche Sanktion dazu bekäme.

Meine Herren! Die andere Seite des Gesichtes wollen wir auch einmal näher betrachten. Man hat mir von der Rechten aus gesagt: Früher waren wir in dieser Frage einig, früher haben wir eine andere Haltung gegenüber den Bestrebungen des französischen Imperialismus eingenommen. Darum handelt es sich, meine Herren, es handelt sich nicht nur um die Schule, sondern darum, ob wir Stellung nehmen gegen die Bestrebungen des französischen Imperialismus oder nicht. Es ist keine Unterdrückung der französischen Bestrebungen, wenn man hier von einem engstirnigen Kulturstandpunkt aus dazu übergeht und alles tut, um den Freigeist der Kinder zu unterdrücken, so wie die deutsche Volksschule, wenn man dazu übergeht, die schlimmsten Schikanen einzuführen und verhindert, daß die Kinder vom Religionsunterricht entbunden werden. Ist es eine Unterdrückung der Bestrebungen des französischen Imperialismus, meine Herren von der Rechten, wenn Sie im Reich, Sie von der Volkspartei, von den Faschisten, der braunen Mordpest, in Braunschweig und Thüringen, die Schulen schließen, sodaß die Eltern gezwungen waren, in den Schulstreik zu treten. Wo bleibt da das Recht der Eltern und das Recht der Kultur, auf das Sie hier Anspruch erheben?

Sie sind doch diejenigen, die mit dieser Mörderpartei in allen Fragen zusammengehen, mit einer Partei, die nicht davor zurückschreckt im offenen Wagen blindlings in Passanten zu schießen. Sie sind diejenigen, die am allerschärfsten hier den Kampf gegen den französischen Imperialismus führen und Sie unterstützen durch Ihre Politik des Reiches, die Bestrebungen des französischen Imperialismus.

Und Sie, meine Herren vom Zentrum, wenn Sie glauben, den Mund hier so voll nehmen zu können, dann muß ich doch einmal feststellen, daß Ihre Pfaffen in die französischen Bergschulen laufen, um dort Unterricht zu erteilen. Sie lassen sich dafür bezahlen und unterstützen doch damit die französische Schule. Ist das denn keine faktische Unterstützung, wenn Sie dort hineingehen? Sie sagen, Sie tun es, um diese Kinder ins bessere Jenseits hineinzubringen. Nun, in welchen Himmel sollen denn diese Arbeiterkinder kommen, frage ich Sie, in den deutschen oder den französischen ? Nein, darum geht es Ihnen nicht. Sie gehen deswegen hinein, weil sie bezahlt werden. Das alte Sprichwort, das im Mittelalter schon Geltung hatte, trifft hier zu: „Der Pfaffensack, der wird nicht voll!" Aber, dann hüten Sie sich, wenn Sie glauben, hier große Töne gegen die französischen Schulen reden zu können, denn Ihre Leute sind es, die in der Regierung sitzen.

Ihre

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Ihre Leute sind einig vom Herrn Koßmann bis zum Fraktionsführer der offiziellen Zentrumspartei und der Streit zwischen Ihnen und der sozialdemokratischen Partei bedeutet nur, wer eigentlich den maßgebenden Einfluß in der Regierung besitzen soll und die Arbeiter draußen werden unterdrückt, sie werden gezwungen, entweder Brot,Wohnung oder französische Bergschule. Diese Arbeiter, die ihre Kinder in die Domanialschule schikken, verurteilen wir nicht. Ob nicht so manche Herren, denen man den Brotkorb höher hängen würde, viel eher umfallen würden und nicht viel eher den Bestrebungen und den Beeinflussungen des französischen Imperialismus entgegenkommen würden. Meine Herren! Noch eine dritte Frage muß ich aufrollen. Wie sieht es denn aus mit der Behandlung der Arbeiterklasse heute. Glauben Sie, Sie können die Arbeiterklasse gewinnen zum Kampf gegen den Imperialismus, wenn Sie mit Ihren Regierungen im Reich dazu übergehen,sämtliche sozialen Errungenschaften zu beseitigen, wenn Sie mit Ihren Machtmitteln heute dazu übergehen und reduzieren die Löhne,wenn Sie mit Aussperrungen und allen möglichen Dingen gegen die Arbeiterklasse vorgehen? Glauben Sie, Herr Schmelzer, die Arbeiterklasse ging nochmals mit wie bei der Jahrtausendfeier ? Die Arbeiterklasse wird nicht mit Ihnen gehen. Die Arbeiterklasse geht ihren eigenen Weg. Sie wird kämpfen zuerst gegen ihre Unterdrücker im eigenen Lande und dann auch gegen die Unterdrückung des französischen Imperialismus. So und nicht anders kann die Frage beantwortet werden und so und nicht anders haben wir sie immer gestellt. Wann soll die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland kommen? (Zu der Rechten gewandt:) Sie und Ihre Freunde haben sich schon lange geeinigt, nicht im Interesse der Arbeiter, sondern mit dem Schneider-Creusot-Konzern. Sie sind schon lange einig mit Ihren Freunden jenseits der Vogesen, bloß wir Arbeiter sollen uns nicht einigen. Und wenn hier gesprochen wird von den Sozialdemokraten,von der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, so sehe ich darin auch etwas anderes, nicht etwas so kleinlches, wie Sie es sehen, Herr Schmelzer. Die Sozialdemokraten verlangen,daß der deutsche und der französische Imperialismus sich verbinden, unter der Bedingung, daß der französische Imperialismus zustimmt, daß Deutschland wieder aufrüstet zum gemeinsamen Kampf gegen Sowjet-Rußland. Das sind die Bestrebungen der Politik der Sozialdemokratie und das kommt auch hier in der Erklärung der Sozialdemokratischen Fraktion zum Ausdruck. Die Arbeiterschaft des Saargebietes wird auch diese Bestrebungen erkennen und sich dagegen wehren. Es geht um nicht mehr und nicht weniger bei den Sozialdemokraten als den Kampf gegen die Bolschewisten vorzubereiten, und Sie (zu den Sozialdemokraten) sind bereit, um des Linsengerichts der Aufwertung wegen, alles aufzubieten. Das geht auch aus Ihrer Panzerkreuzer-Politik hervor.

)- Glocke des Vorsitzenden)

orsitzender: Ich bitte den Herrn Redner, bei der Sache zu bleiben.

bg. Reinhard fortfahrend: Wir sagen an dieser Stelle: Arbeiterschaft des Saargebietes halte die Augen offen. Sie muß erkennen, daß den Kampf um ihre Befreiung - sei es in sozialer und nationaler Richtung - sie nur allein führen kann. Das hat der Begründer der marxistischen Lehre schon ausgesprochen. Karl Marx hat die Worte geprägt: Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Reichard!

Abg. Reichard (DNVP): Meine Herren! Wir haben stets auf dem Standpunkt gestanden, die elementaren Grundrechte der Eltern und aller derer, die mit der Erziehung der Jugend betraut sind, zu fördern, daß das Kind in deutschem Geiste und selbstverständlich in seiner deutschen Muttersprache unterrichtet wird. Wir verurteilen die unnatürlichen und ungesetzlichen Bestrebungen unter Ausnutzung wirtschaftlicher Macht die deutschen Bergmannskinder in die französische Schule hinein zu zwingen. Wir werden nicht aufhören, zu fordern, daß diese Ungesetzlichkeiten im Saargebiet ein Ende nehmen und werden nicht aufhören, an die breite Öffentlichkeit, an das Gewissen der Welt zu appellieren.

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Backes !

bg. Backes (Arb.u.Bauernpartei): Meine Herren! Wenn man den Bericht über die Untersuchung der Fälle an den Domanialschulen durchliest, so kommt man zur Überzeugung, daß die Regierungskommission, die sich aus fremden Leuten zusammensetzt, in Wirklichkeit fremd ist. Inwieweit der Minister Koßmann dazu gehört - und der ist im Saargebiet nicht fremd- weiß ich nicht. Er müßte doch zu der Sache Stellung nehmen, denn er weiß, daß die leichteste Andeutung genügt, um die Bergleute einzuschüchtern. Wenn im Bericht gesagt wird, die Leute hätten freiwillig den Entschluß gefaßt, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken, so glaube ich, daß die Regierungskommission so viel Anstandsgefühl haben sollte, diesem Skandal ein Ende zu machen.

Unsere Partei hat eine Resolution über die Schulfrage an die Regierungskommission abgesandt, ich gebe diese Erklärung auch hier ab:

E r k l ä r u n g

der Arbeiter-und Bauernpartei.

--

" Wir lehnen jeden Gewissenszwang von jeglicher Seite, Partei,Regierung,Nation oder Staat als unsittlich ab. Wir fordern daher von der Regierungskommission, daß sie die unberechtigten und meistens unter Bedrohung und Gewissenszwang getätigten Werbungen für die französischen Schulen verbietet. Wir haben gerade im Grenzland die Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens nötig, damit der Friede wachsen und gedeihen kann und der Völkerverhetzung der Boden entzogen wird. Wir erwarten, daß die Regierungskommission dem Skandal ein Ende macht."

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

bg. Schmoll (DWP): Meine Herren! Wir haben schon wiederholt erklärt, daß wir die Bestrebungen der Bergverwaltung, deutsche Kinder in die französische Schule zu nötigen, schärfstens verurteilen und halten daran fest. Es ist besonders zu verurteilen, daß ein Druck auf die Eltern der Kinder unter Ausnützung wirtschaftlicher Abhängigkeit ausgeübt wird.

Wir fordern deshalb die Regierungskommission auf, unseren berechtigten Forderungen auf Abstellung der Mißstände nachzukommen.

orsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schneider!

bg. Schneider (SP): Meine Herren! Die Tatsache, daß der Herr Abgeordnete Schmelzer seine alte Liebenswürdigkeit wiederholt, sich mit meinen Ausführungen besonders zu befassen, zwingt mich, darauf zu antworten: nicht um gegen den Schulmeisterton des Herrn Schmelzer zu protestieren, denn mir ist es einerlei, ob Herr Schmelzer meine Ausführungen kritisiert oder nicht, sein Urteil ist für mich Luft. Herr Schmelzer hat halt die Gewohnheit, sich bei jeder Gelegenheit an uns zu reiben. Wir sind eben das rote Tuch ...

(Zuruf:

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

(Zuruf des Abg.Schmelzer: Das sind Sie schon lange nicht mehr.)

Ich ergreife also zum zweiten Male das Wort, um nochmals zur Schulfrage Stellung zu nehmen. Wir haben vorhin erklärt: wir nehmen die Frage der französischen Schule nicht so tragisch, weil wir das Vertrauen zur Bevölkerung haben,daß sie sich durch die Maßnahmen der Bergverwaltung nicht umstimmen läßt. Dann haben wir gesagt, wir protestieren gegen diese Maßnahmen und schließen uns in diesem Sinne dem Vorgehen des Zentrums an. Das hat Herr Schmelzer nicht gehört, er scheint geschlafen zu haben.
Wir haben sodann der Meinung Ausdruck gegeben, daß nur die einheitliche Abwehrfront aller Deutschen dem Druck der Grubenverwaltung begegnen kann. Herr Schmelzer scheint auch dies überschlafen zu haben. Wir haben weiter betont: das Recht des deutschen Kindes auf die deutsche Schule.
Wir haben es also nicht nötig, uns dagegen zu wehren, daß Herr Schmelzer versucht, das Deutschtum der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Landesratsfraktion in seiner bekannt üblen Art zu besudeln. Wir waren deutsch, als es noch gefährlich war, im Saargebiet deutsch zu sein, als von der Partei des Herrn Schmelzer noch kein Wort über Deutschtum geredet wurde. Wir brauchen uns nicht vorwerfen zu lassen, daß wir uns gewandelt haben.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich bitte, von den persönlichen Bemerkungen absehen zu wollen.

Abg.Schneider (SP) fortfahrend: Das hätten Sie, Herr Präsident, vorher tun müssen. Über dies darf ich Ihnen, meine Herren, auch verraten, daß wir uns mit unserer Meinung im Einvernehmen befinden mit maßgebenden Stellen im Reichsministerium.

(Zuruf des Abg. Martin(Z): Und was wir machen,sind Mätzchen ?)

Es ist sehr billig, meine Herren, bei dieser Frage sein soziales Herz als Abgeordneter aufzutun, wie es Herr Schmelzer getan hat. Das kostet nichts.

(Zuruf des Abg.Schmelzer(DSV): Sie machen es noch billiger!)

Sie müßten einmal als Unternehmer Ihr soziales Herz auftun, aber das kostet etwas.
Dann hat Herr Schmelzer die Liebenswürdigkeit und Geschmacklosigkeit gehabt, auszuführen, wir würden die Frage der deutschen Schule bagatellisieren. Wir haben die Frage der deutschen Schule vom Standpunkt der großen Politik aus betrachtet. Herr Schmelzer hat lediglich mit ein paar Phrasen operiert, als ob er, der Unternehmer, der Rechtspolitiker, ein besonderer Freund der Bergleute sei. Ich möchte nicht fragen, wer die Frage bagatellisiert.
Wenn sodann der Herr Abgeordnete Martin sich gegen den Vorwurf „Mätzchen" wehrt, so muß ich sagen, wir bezeichnen die Maßnahmen, mit denen seine Partei hier operiert,mit Recht als Mätzchen. Mir scheint und ich bekomme den sonderbaren Verdacht, daß, nachdem die Generaldirektion der Grubenverwaltung gewechselt hat, Sie, meine Herren vom Zentrum, mit diesem

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

diesem Wechsel nicht zufrieden sind.
Meine Herren! Ich stelle als Beispiel fest, daß der katholische Geistliche eines Ortes sich erst von der Bergwerwaltung seine Kirche bauen läßt, und nachher, nachdem er das Geld der Bergverwaltung angenommen hat, über die Maßnahmen der Bergverwaltung schimpft.

(Zuruf des Abg.Martin(Z): Was hat das mit der Schulfrage zu tun ?)

Meine Herren vom Zentrum! Sie behaupten: wenn die Bergverwaltung für die Zwecke der französischen Schule Geld gibt, so wird dadurch der Lohn der Bergleute gedrückt. Wir behaupten, daß die Bergverwaltung für die Kirche einen Zuschuß gegeben hat, der doch auch vom Lohn der Knappen...

(Zuruf des Abg.Wilhelm(Z): Niemals, das ist Verleumdung!)

Wir regen uns nicht auf, wenn Herr Pfarrer Wilhelm von Verleumdung spricht.

(erneute Zurufe des Abg. Wilhelm (Z).)

Herr Pfarrer Wilhelm, ich muß es ablehnen, Ihnen zu antworten, Sie können reden, was Sie wollen.
Dem Herrn Abgeordneten Martin nur noch eins: In der französischen Schule sind prozentual viel mehr katholische als evangelische Kinder, und das dürften Sie als ehemaliger Lehrer wissen. Auf den Rummel also, wie er gerade von katholischer Seite inszeniert wird, lassen wir uns nicht ein.

(Zuruf des Abg. Martin(Z): Wir nageln Sie fest mit dem Ausdruck Rummel.)

In der Landeszeitung war ein Bericht von einem Lehrer aus Ludweiler, worin es heißt, in Ludweiler sind von 474 evangelischen Kindern - 400 in der deutschen Schule und 70 in der französischen Schule. Von 474 katholischen Kindern aber sind 210 in der deutschen Schule und 260 in der französischen. Wenn Sie,Herr Abgeordneter Martin, hier den Mund aufreißen wollen, dann denken Sie an den hohen Prozentsatz der katholischen Kinder in der französischen Schule ..... und sorgen dafür, daß dieser verschwindet.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pfordt!

Abg.Pfordt (KP): Meine Herren! Ich will mich nicht in den Bruderstreit einmischen. Ich will nur etwas richtigstellen. Der Herr Abgeordnete Schmelzer hat den Vorwurf gemacht, als wenn die Kommunistische Partei die französische Schule im Warndtgebiet unterstütze. Herr Schmelzer macht uns gespannt auf die Ausführungen des Herrn Reinhard. Was wir hörten, ist eine unglimpfliche Verleumdung der Kommunistischen Partei. Unsere Auffassung zu dieser Schule liegt in der Erklärung der Fraktion, die sich mit den Grundsätzen der kommunistischen Internationale deckt. Man wirft uns vor, ein gewisser Ott, ein Bessot und ein Vestor würden in Ludweiler und in Karlsbrunn die französische Schule unterstützen. Wir haben mit Ott nichts zu tun, das betone ich ausdrücklich. Herr Reinhard hat nichts bewiesen. Der Streit, der dort entbrannt ist und durch Reinhard ausgeschlachtet wird, rührt aus dieser Gemeindestube. Dort wird der Antrag gestellt zur Lieferung von Milch an die Schulkinder (Kinderspeisung). Die Kommunisten dort im Gemeinderat, die erklärten, wenn Milch verausgabt wird für die Schulkinder, daß sie den Standpunkt vertreten, daß gleichzeitig die Kinder in der französischen Schule und die Kinder in der deutschen Schule Milch erhalten. Kann man den Standpunkt verurteilen? Den kann man nicht verurteilen, der ist absolut richtig, obwohl wir mit aller Schärfe die französische Schule bekämpfen als Mittel, das dem französischen Imperialismus im Saargebiet dient.

Er wirft der Arbeiter-Zeitung vor, sie hätte seit seinem Ausscheiden nichts mehr zur Schule geschrieben oder sehr verwaschen. Dafür muß Herr Reinhard die Beweise erbringen. Das wird er nicht können, denn in der Arbeiter-Zeitung ist kein solcher Artikel zu finden.

Ich erkläre nochmals, daß die Auffassung der Kommunistischen Partei in der Erklärung, die wir heute abgaben, niedergelegt ist.

---

rsitzender: Meine Herren! Ich schließe die Aussprache in dieser Sache. Ich möchte sie aber nicht schließen ohne mein Bedauern auszusprechen, daß in der Aussprache sich persönliche Beleidigungen und Bemerkungen in einer Weise wiederholten, daß es nicht möglich war, denselben ein Ziel zu setzen. Ich darf bitten, in der weiteren Aussprache den üblichen parlamentarischen Ton beizubehalten.

Wir treten nun in die

allgemeine Aussprache

ein. Als erstem Redner hierzu erteile ich dem Abgeordneten Kiefer das Wort.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Meine Herren! Ich halte es doch für notwendig, einige Richtigstellungen zur französischen Schulfrage zu machen. Vor allen Dingen möchte ich bemerken, daß der Herr Abgeordnete Schneider in den letzten Monaten nicht hierher gekommen ist und daß der Verhandlungston da ein ganz anderer war.

(Zuruf des Abg.Schneider(SP): Das geht Sie ja nichts an.)

(Zuruf des Abg.Dr.Sender(SP): Das ist Sache des Präsidenten.)

- Glocke des Vorsitzenden-

Vorsitzender: Ich habe dem Herrn Abgeordneten Kiefer das Wort erteilt, und ich bitte, ihn auch sprechen zu lassen.

Abg. Kiefer (fortfahrend) Durch den Abgeordneten Schneider ist heute ein Verhandlungston aufgekommen, wie er schon lange nicht mehr in diesem Hause zu verzeichnen war. Wir bedauern da. Von ihm ist auch gesagt worden, daß in Ludweiler von 470 katholischen Kindern 210 Kinder die französische Schule besuchen, während von 470 evangelischen Kindern nur 70 Kinder die französische Schule besuchen. Meine Herren! Das liegt an den besonderen Verhältnissen in Ludweiler. Es darf aus dieser Tatsache nicht der Schluß gezogen werden, daß deshalb mehr katholische Kinder die französische Schule besuchen, weil die dortigen Katholiken national unzuverlässiger wären. Der alte Teil vom eigentlichen Ludweiler ist fast rein evangelisch, und diese Bevölkerung wohnt meist in eigenen Häusern. Die große Ansiedlung dort aber ist von der Grubenverwaltung erbaut, die überwiegend von Bergleuten bewohnt ist, die aus katholischen Gegenden zuzogen. Daß diese Leute stärker unter dem Druck der französischen Grubenverwaltung stehen, ihre Kinder auf die französische Schule zu schicken, liegt doch klar auf der Hand. Es kann darum nicht der Schluß gezogen werden, daß ein größerer Prozentsatz von katholischen Kindern <u>freiwillig</u> die französische Schule besuchte. Die angeführten Zahlen beweisen aber klar die Wirkung der Druckmaßnahmen, von denen katholische Eltern und Kinder stärker betroffen werden.

Eine weitere Feststellung: Wir sind auch für eine Verständigung mit Frankreich. Wir können aber nicht warten, bis diese Verständigung einmal kommt. Wir müssen das tun, was dieser Tage von Schwaninger in der „Volksstimme" auch von der sozialdemokratischen Partei gefordert wurde, nämlich entschieden verlangen, daß die unter dem Druck französischer Grubenbeamten und Lehrer stehenden Bergleute ausreichend geschützt werden. Es kommt auf den Standort an, von wo aus ich an die Beurteilung der französischen Schulfrage herantrete. Es ist etwas ganz anderes, wenn ein Bergmann, der jahrelang über Tage gearbeitet hat, plötzlich wieder vor Stoß kommt, der an einen Arbeitsplatz verlegt wird, wo er wesentlich geringeren Lohn verdient, als wenn ich weit vom Schuß in einer gesicherten Stellung sitze. Wir müssen die Dinge vom Standort der Bergleute aus sehen und beurteilen und von hier aus unser Verhalten leiten lassen. Wir haben schon immer darauf hingewiesen, daß gerade diese Verhältnisse Hindernissteine auf dem Wege zur Verständigung sind. Unsern ehrlichen Verständigungswillen haben wir schon oft kund getan. Wenn Frankreich aber nicht will ? Wenn es, mit dem wir uns verständigen wollen und sollen, vom gleichen Verständigungswillen beseelt wäre, dann brauchte es

<u>der</u>

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4 I

der Grubenverwaltung nur eine strikte Anweisung zu geben, die Druckmaßnahmen einzustellen und die Lockmittel zu unterlassen, die sie zur Füllung der französischen Schule anwendet. Dann kommen wir der Verständigung schon näher.

Es ist heute eine allgemeine Aussprache notwendig geworden, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse dazu zwingen. Es liegen zwei Anträge vor, die in der Fraktionsführerbesprechung als Anträge des gesamten Landesrates erklärt worden sind. Der eine dieser Anträge will Klarheit haben über die Finanzlage des Saargebietes. Warum diese Klarheit verlangt wird, wird für jeden verständlich sein, der die bisherigen Verhältnisse kennt. Der zweite Antrag beschäftigt sich mit dem Lohnabbau in den Betrieben der Eisenbahnverwaltung. Ehe ich näheres dazu ausführe,will ich zur Beleuchtung der Lage einige Briefe vorlesen, die aus dem Revier an mich gekommen sind, um aus der Kenntnisnahme der Stimmung draußen unter den Leuten das notwendige Verständnis zu wecken für die Maßnahmen, die wir unbedingt im Interesse der Behebung der sozialen Spannung fordern müssen. Einer dieser Briefe lautet:

"Die Mehrzahl unserer Mitglieder im Bezirk muß täglich mit der Eisenbahn von ihrem Wohnort zu der Arbeitsstelle und zurück fahren. Die dadurch entstehenden Fahrtauslagen betragen bis Fr. 120.- und mehr im Monat. Wenn dann eine Familie noch heimgesucht wird von Krankheiten, dann ist die Familie völlig aufgeschmissen." ----- Es wird dann weiter ausgeführt von dem Kameraden, daß man ihn entschuldigen soll, daß er zur Konferenz nicht komme. Als Grund gibt er an, daß er nicht das notwendige Fahrgeld habe. Im Februar ds.Js. sei sein 7.Kind geboren worden und infolge der schlechten Ernährung habe seine Frau lange Zeit auf dem Krankenlager liegen müssen. Er führt dann weiter aus, daß ein Kind sich einer Operation habe unterziehen müssen. Allein an Autogebühren mußte der Mann Fr.70.- zahlen. Die Operationskosten konnte er nicht erschwingen. Sein letzter Hauptlohnbetrag bestand noch aus ganzen Fr.22.89. Er hatte mittlerweile einen Krankenschein und nahm sich Vorschuß auf's Krankengeld. Diesen Vorschuß mußte er an die Kreissparkasse Ottweiler schicken, um den fälligen Zins für den Monat Februar auf sein Baudarlehen zahlen zu können. Der Mann schreibt weiter: „ Was ich hier schreibe, ist die bittre Wahrheit. Ich habe im Monat Februar nur 21 Schichten verfahren. Mein Lohn beträgt nur 36.-Franken. Ich bekomme allerdings noch für meine Frau und Kinder je Schicht und je Person Fr. 1.50 Sozialzulage. Nehme aber den Bleistift und rechne aus, was ich mit 21 Schichten nach Abzug meines Fahrgeldes und nach Zahlung des Zinsbetrages für mein Haus noch übrig habe, um leben zu können." Das ist der eine Brief. Ein anderer schreibt:

„Ich weiß mir keinen Rat mehr, weshalb ich mich an Dich um Hilfe wende. Du weißt ja, was jetzt die Bergleute verdienen. Ich hatte im Monat März 23 Schichten und habe 5 Kinder unter 14 Jahren. Zu allem Pech liegt meine Frau schon 6 Wochen im Krankenhaus. Du würdest sie nicht mehr erkennen. Sie ist nur noch ein Gerippe, so ist sie abgemagert. Und nun verdiente ich im Februar ganze 780.- Franken. Du weißt, daß ich gebaut habe. Ich konnte nicht in 2 Mansardenzimmern mit meiner 7 köpigen Familie hausen. Nun muß ich monatlich 580.-Franken Zinsen und Tilgung bezahlen. Ich möchte jedoch das Haus nicht gerne verlieren, denn meine Verwandten und ich haben uns fast

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4 I

krumm und Bucklig geschafft als ich das Haus baute. Ich bekomme fast 260.-Franken Miete, aber es bleiben für Nahrung nur mehr 350 bis 400 Franken. Da kommt einem manchmal der Gedanke, einfach Schluß zu machen, aber die Liebe zu Frau und Kindern hält davon ab. Du kannst es mir glauben,daß ich nie ahnte, daß wir Bergleute einmal in eine solche Lage kommen könnten. Man schafft sich krumm und bucklig,daheim schafft man noch in 2 Grummbierstücken herum und am Ende ist der Fuhrlohn teurer als der Ertrag ausmacht. Als ich am Sonntag bei meiner Frau war und die Kleinen drum herum standen, da mußten wir beide heulen. Ich schäme mich fast, das zu schreiben, aber wenn man sich sein Leben lang strippt und muß zusehen,wie die Familie verkommt, wie man sie nicht mehr richtig satt machen kann, dann geht einem schon mal der Gaul durch. Wenn man noch 25 Schichten verfahren könnte und wenigstens 50 Franken je Schicht verdiente, dann ginge es ja noch, aber jetzt mit 35,25 Franken Lohn ? Was ist da zu machen bei den vielen Feierschichten ? Und weil man nicht zu allem schweigt, wird man noch überall gedrückt." So geht es durch alle Briefe.

Was ich hier vortrug, das sind keine Einzelfälle. Man könnte nun zwar sagen, hier ist es besonders schwer, weil Krankheiten bestehen. Ich komme viel im Gebiet herum, besuche auch viel die Arbeiterfamilien und ich muß sagen, so armselig wie die Arbeiterkinder körperlich heute sind,so haben sie höchstens im Kriege ausgesehen. Das kommt durch die Unterernährung. Das Einkommen langt nicht mehr. Ich habe festgestellt, in Neunkirchen beispielsweise, daß heute Hüttenleute 14 Schichten im Monat feiern müssen. Die Durchschnittsschichtzahl der Bergleute betrug 1930 22, im Februar nur 21. Und so ist es fast überall. Feierschichten,Kurzarbeit,Lohnabbau usw. und die großen Entlassungen kennzeichnen die Entwicklung. Es ist natürlich, daß in den betroffenen Familien die Not sich häufen muß. Es ist auch natürlich, daß durch das gewaltige Zurückgehen des Einkommens der breiten Volksschichten die öffentlichen Einnahmen zurückgehen müssen. Da wirft sich die große Frage auf, ob wir es uns noch leisten können, wenn beispielsweise im Solletat von 1930 rund 410 Millionen Franken für Besoldungen aufgewendet wurden, ob wir, wenn die Einnahmen zurückgehen, die gesamten Einnahmen für Besoldungen verwenden können. Auf der einen Seite große Not, auf der andern Seite der Ruf nach Arbeitsbeschaffung.

Wir haben am 5.Mai 1930, am 25.November 1930 und am 9.Januar ds.Js. der Regierungskommission scharf formulierte Forderungen vorgelegt, die vom ganzen Landesrat unterstützt wurden, was sie auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung tun soll. Bis heute haben wir nichts gehört. Heute liegen die Dinge noch genau so wie vor Jahren, daß nichts geschieht zur Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten, um der Not beizukommen. Und wenn nun feststeht, daß die Einnahmen zurückgehen, dann darf man nie von dieser Bevölkerung verlangen, neue Steuern zu leisten, sondern dann muß auf anderen Wegen eine Entlastung gesucht werden. Das ist keine Voreingenommenheit gegen die übrigen Volksschichten. Wenn feststeht, daß beispielsweise im Durchschnitt des Jahres 1930 die Produktion in Höhe von 1,6 Monaten ausfiel, wenn feststeht,daß in diesem Jahre die Produktion an Roheisen,Rohstahl,Walzwerkerzeugnissen und Kohlen weiter zurückgeht, dann geht aus dieser Tatsache auch eindeutig der Rückgang des Verdienstes hervor. Und wenn unter diesen Verhältnissen die breiten Volksschichten zu leiden haben, dann können die übrigen Volksschichten nicht in der bisherigen Weise ihr Einkommen

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Einkommen weiter beziehen. Es ist notwendig, daß da eine klare Sprache geführt wird, denn unser Volk draußen wird der Verzweiflung in die Arme getrieben, wenn es nicht sieht, daß alle an dieser Not mittragen.

In der Kölnischen Zeitung ist durch Herrn Abgeordneten Röchling nachgewiesen, daß der Krieg das deutsche Volk 192,6 Milliarden Goldmark gekostet hat. Es wird weiter ausgeführt, daß, wenn wir die grausame Tatsache feststellen müßten, daß der Krieg uns die Hälfte unseres früheren Volksvermögens gekostet hat, sich die zwingende Feststellung ergebe, daß nicht mehr die Lebenshaltung eingehalten werden könnte wie früher. Wenn diese Tatsache feststeht und die Unmöglichkeit gegeben ist, irgendwie das Einkommen der breiten Volksschichten zu erhöhen, wenn ein Lohnabbau von 6 bis 15 % durchgeführt wird, dann ist es doch natürlich und gerecht, daß alle Volksschichten an dieser Not tragen müssen

(Zurufe: Sehr richtig!)

und nicht nur die Arbeiter, Angestellten und Beamten, sondern alle, die sich in gesicherten Stellungen befinden, denn nur dadurch ist es möglich, daß man einen sozialen Ausgleich schaffen kann, daß die tiefe Kluft schwindet, die sich zwischen einzelnen Volksschichten aufgetan hat.

Wir haben in einem der erwähnten Anträge darauf hingewiesen, daß der Lohnabbau, der im Eisenbahnbetrieb angekündigt worden ist, aufgehoben werden soll. Das müssen wir aus Gerechtigkeitsgründen verlangen. Die Zeitung der Eisenbahndirektion, die „Saarländische Verkehrs-und Handelszeitung" berichtet über die Lohnverhältnisse: „Nachdem der größte Teil der Privatindustrie zum Teil vor dem Staat die Löhne gekürzt hatte, war eine Lohnkürzung unvermeidlich geworden. Die Zwangsverbundenheit drängt die staatliche Betriebsverwaltung, ihre Löhne den Löhnen der übrigen Betriebe anzupassen."

Meine Herren! Wir wissen, daß der Eisenbahnbetrieb ein Zuschußbetrieb ist, aber wir wenden uns dagegen, daß nur den Arbeitern ihre Bezüge gekürzt werden sollen. Man nimmt 26 Arbeitsschichten an, wo doch die Zahl 26 Arbeitsschichten im Monat nicht in Frage kommen kann. Bei 26 Arbeitsschichten wird ein Reinverdienst von 753 Franken errechnet. Nehmen wir 24 Arbeitsschichten, dann kommt für die Oberbauarbeiter, die schwere Arbeit zu leisten haben, ein Monatsverdienst von 685 Franken heraus. Das Prinzip der Gerechtigkeit verlangt, daß hier der Lohnabbau zurückgestellt wird, bis man klarer sieht.

(Zuruf der Kommunisten: Dann müssen wir bei Koßmann zuerst anfangen!)

Wir bedauern es sehr, daß man aus gewissen Erwägungen heraus es nicht verstanden hat, so zu handeln, wie es die Lage unseres Volkes erheischt. Ich betone noch einmal: unsere Ausführungen sind nicht diktiert von einer Voreingenommenheit gegen irgend eine Volksschicht. Wir würden uns freuen, wenn wir ein reiches Volk wären. Aber, wenn feststeht, daß die Dinge so und nicht anders liegen, wenn so und so viel Feierschichten eingelegt werden müssen, dann verlangt es das Prinzip der Gerechtigkeit, daß auch die anderen Volksschichten unbedingt auf einen Teil verzichten müssen zur Entlastung des Ganzen. Unser Volk kann nicht all das tragen,

<u>was</u>

L A Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

was heute an Kosten für den Verwaltungsapparat aufgewandt werden muß.

Dann liegen weitere Anträge vor, darunter einer betr. Unglück auf Grube Maybach. Ich möchte die Regierungskommission daran erinnern, daß wir am 4.November 1930 spezialisierte Forderungen gestellt hatten, und daß diese Forderungen Anträge und Anfragen noch keine Beantwortung gefunden haben. Die Regierungskommission wird ersucht, endlich einmal, da schon 5 Monate zurückliegen, diese wichtigen Anfragen zu beantworten. Gleichfalls behandelt dieser Antrag die Vorkommnisse auf Geisheckschacht, wo Bergleute gezwungen wurden, den Gefahrenbereich von Schlagwetteransammlungen zu durchschreiten. Wir hatten auch beim Oberbergamt einen solchen Antrag eingereicht. Es wurde das Ergebnis erzielt, daß man das Protokoll vorgelegt bekam. Das muß abgelehnt werden, denn das kann nicht als Grundlage für die Antwort dienen.

Abschließend möchte ich den Willen meiner Fraktion zum Ausdruck bringen. Die gegenwärtigen Verhältnisse erfordern eine klare Sprache, sie erfordern, daß man unzweideutig sagt, was im Interesse des Volkes geschehen muß. Die Lage ist so, daß unbedingt der Lastenausgleich gesucht werden muß. Hierbei müssen alle Volksschichten gemäß ihrem Einkommen an der Linderung der Not ihr Teil beitragen.

(Bravo - Rufe !)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4 I

rsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser !

g. Lieser (SP): Meine Herren! Man kann sich der Tatsache nicht verschließen, daß das Saargebiet ganz zwangsläufig von der Wirtschaftskrise, die Deutschland schon monatelang beherrscht und zur Weltwirtschaftskrise geworden ist, hineingezogen wurde. Obwohl es gegen die Krise nur ein einziges Mittel gibt, und das heißt Arbeitsbeschaffung, diese Wirtschaftskrise zu beheben, sucht man mit allerlei Palliativmittelchen diese Wirtschaftskrise zu beheben. Alle diese Mittelchen müssen ein vergebliches Bemühen bleiben, solange nicht dieser Wirtschaftskrise an die Wurzel gegangen wird. Immer wieder wird das Stichwort angewandt, das bald schon zum Schlagwort wurde: Die Wirtschaft soll wieder angekurbelt werden. Dagegen muß man fragen: wie soll die Wirtschaft angekurbelt werden. Festgestellt muß werden, daß genug Produktionsmittel und auch genügend freie Arbeitskräfte vorhanden sind, die Werte schaffen könnten. Es fehlt nur an dem Absatz der Produkte und dagegen werden manchmal ganz sonderbare Mittel empfohlen. In Deutschland glaubt man immernoch, daß man dem durch Erhöhung der Zollmauern beikommen könnte. Aber, wenn andere dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe. Ich will mich nicht mit Herrn Schmelzer in eine Diskussion einlassen darüber, wer Recht hat, sondern ich begnüge mich mit der Tatsache, daß die Saarbrücker Zeitung festgestellt hat, daß, wenn zwei dasselbe tun, es doch nicht dasselbe ist. In Ihrer Nummer vom 12.April ds.Js. schreibt sie über „die Wirtschaftskrise in Frankreich" u.a.:„Der einfache, aber gefährliche Weg, durch Erhöhung der Schutzzölle der eigenen Wirtschaft zu helfen, muß eines Tages in eine böse Sackgasse führen." Das schreibt dieselbe „Saarbrücker Zeitung", die auf dem Standpunkt steht, daß man es in Deutschland so machen soll, was für Frankreich gefährlich ist. Sie bezeichnet die Schutzzölle als einen gefährlichen Weg.

(Unverständlicher Zuruf des Abg.Reinhard (KP).

Ich nehme an, daß der Abgeordnete Reinhard zur allgemeinen Aussprache um's Wort gebeten hat; er kann dann nachher sprechen. Die Ankurbelung der Wirtschaft kann nach unserer Meinung nur erfolgen, wenn die Kaufkraft erhöht wird. Die Hebung der Kaufkraft kann erreicht werden, durch

1) Erhöhung der Löhne;

2) Senkung der Preise.

Von der Reichsregierung ist mit dem Lohn-und Preisabbau begonnen worden. Unsere saarländischen Unternehmer sind den Kollegen im Reich schnell gefolgt. Zunächst hat man zum Schein die Preise etwas gesenkt bis die Lohnsenkung durchgeführt war; nun steigen die Preise wieder an, sodaß am Ende die Löhne abgebaut sind, die Preise aber höher sind als vor dem Lohnabbau. Der Profit bei dieser ganzen Aktion fließt dem Unternehmertum zu, die Kaufkraft ist weiter geschwächt, die Wirtschaftskrise zieht weitere Kreise. Statt erhoffter Ankurbelung der Wirtschaft ist eine Verschärfung der Krise zu verzeichnen. Daß die Unternehmer die Krise sich nutzbar machen, um Profit herauszuschlagen, ist begreiflich, aber auch die Regierungskommission geht dazu über und versucht, nicht einmal den größeren Teil der Arbeiterbevölkerung zu schützen. Sie tut dagegen nichts,

<u>sondern</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4 I

sondern sie geht mit einem schlechten Beispiel voran. Ich erwähne den Lohnabbau der Eisenbahnarbeiter. Dagegen muß entschieden protestiert werden und zwar deshalb, weil sie den schlechtgestelltesten Teil der Bevölkerung mit Lohnabbau bedacht hat und vor den Bestbezahlten halt macht. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Herrn Schmelzer an sein soziales Herz erinnern, das er entdeckt hat, daß die Bergarbeiter dem Druck der Bergwerksdirektion ausgesetzt sind. Es wäre nötig, daß Sie (zu Schmelzer) auch im Kampf der Bauarbeiter Ihr soziales Herz entdecken.

(Zuruf des Abg.Schmelzer(DSV): Ich habe das meinige dazu beigetragen!)

Die Arbeiter sollen für angebliche Belebung der Wirtschaft den Preis zahlen. Diese Wege sind mindestens so gefährlich als die Erhöhung der Zollmauern.

Ich habe anfangs gesagt, daß es zur Belebung der Wirtschaft nur ein Mittel gibt: Arbeitsbeschaffung, und diese kann geschehen

1) durch Inangriffnahme neuer, wirtschaftlich zweckmäßiger Arbeiten;

2) durch Arbeitszeitverkürzung.

Meine Herren! Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung sind sicher vorhanden und nicht bloß einmal, sondern mehrere mal. Der Regierungskommission sind hierüber Vorschläge gemacht worden. Ich darf daran erinnern, daß auch die Köllertalstraße ausgebaut werden soll. Die Regierungskommission müßte sich mehr als bisher für den Bau der Ostertalbahn einsetzen. Es sind also sehr viele Arbeiten vorhanden,wenn nur der gute Wille dazu da wäre, sie auszuführen. Das würde wesentlich dazu beitragen, die Wirtschaftskrise zu beheben. Statt dessen, statt dafür zu sorgen, daß Arbeitsmöglichkeit beschafft wird, geht die Regierungskommission dazu über, weil es nun einmal im Gesetz oder in der Verordnung drin steht, die Gemeinden anzuweisen, die Pflichtarbeit durchzuführen. Statt in tarifmäßigem Vertrag die Arbeiter in der Gemeinde zu beschäftigen und dadurch mitzuhelfen, daß die Erwerbslosenzahl etwas eingedämmt wird, pocht sie einfach auf Grund des Buchstabens darauf, daß die Gemeinden unbedingt die Pflichtarbeit durchführen müssen. Ich habe damals ausgeführt, daß der § 9 des Erwerbslosenfürsorgegesetzes den Gemeinden eine Handhabe gibt, willkürlich über die Erwerbslosen zu handeln. Ich habe schon gesagt,daß die Verordnung, um die es sich hier handelt, schon lange bei der Regierungskommission gelegen war, als das „Hauptsekretariat der sozialdemokratischen Partei" - wie es vorhin genannt wurde-, das Arbeitsamt, errichtet worden ist. Ich stelle fest, daß am 1.August 1928 die Verordnung der Regierung vorlag, und daß Ministerialrat Schäfer, unser Parteifreund, am 1.10.1928 bei der Regierung eingetreten ist. Ich habe Veranlassung genommen, dies festzustellen. Also dort, wo man den Gemeinden normal Arbeitsgelegenheit schaffen könnte, werden durch § 9 einfach die Erwerbslosen gezwungen,nicht bezahlte Arbeit in Form von Pflichtarbeit zu leisten. Deshalb sind wir auch heute wieder, wie damals, mit dem Kommunistenantrag einig, daß die Pflichtarbeit, weil sie mit ein Hemmnis dazu bildet, um die Erwerbslosigkeit zu beseitigen, im Saargebiet aufgehoben wird. Trotz dieser Erschwerung und trotz der Politik der Regierungskommission, ja

nicht

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

nicht für Arbeitsgelegenheit zu sorgen, schreibt man weiter in § 6 vor, daß der Erwerbslose, der einmal aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden wird, 13 Wochen Arbeit nachweisen muß. Wenn man einerseits nichts tut, um Arbeitsmöglichkeit zu schaffen, hat man anderseits auch kein Recht, zu verlangen, daß Erwerbslose eine so lange Karenzzeit mitzumachen haben.

Ich muß zu der Erwerbslosenfürsorgeverordnung in diesem Hause feststellen, daß es jedenfalls noch sehr selten vorgekommen ist, daß zu einer Verordnung, also zu einem Gesetz, nach einem halben Jahr noch die Ausführungsbestimmungen fehlen.

(Zurufe: Hört, hört!)

Jeder Arbeitsnachweis je nach seiner Veranlagung kann ganz willkürlich den Gesetzestext anwenden, das nicht immer mit böser Absicht geschieht, sondern daher,weil die Ausführungsbestimmungen fehlen. Wir verlangen, daß endlich einmal die Ausführungsbestimmungen dazu führen, daß ein einheitliches Handeln der Arbeitsnachweise auch möglich ist.

Ich stelle fest, daß nur das starrköpfige und hartnäckige Verhalten der Sozialabteilung daran schuld ist, daß heute keine Ausführungsbestimmungen zu der Erwerbslosenfürsorgeverordnung vom 9.7.1929 herausgekommen sind. Es wäre Pflicht der Regierung, einmal hier nach dem Rechten zu sehen, denn hier trifft es zu, daß 2 Abteilungen nicht j miteinander, sondern gegeneinander oder wenigstens aneinander vorbei regieren.

Solange die Erwerbslosigkeit und die große Gefahr immer mehr Menschen aus dem Produktionsprozeß herauszukommen, wächst, wird allmählich auf die Gemeinden die ganze Last abgewälzt. Dazu kommen noch für die Gemeinde, die sowieso ein Sechstel zu tragen hat, die vielen ausgesteuerten Erwerbslosen. Ich erwähne den 30.4. ds.Js., wo die Verfügung, die von der Regierung herausgegeben ist, abläuft. Geschieht hier nichts in dieser Beziehung, dann werden am 30.4.1931 mindestens 50 % der Erwerbslosen ausgesteuert sein, die sofort zu Lasten der Gemeinden gehen. Sie wandern als sogenannte Wohlfahrtserwerbslosen an die Gemeinden über. Sie wissen, daß durch die wirtschaftlichen Verhältnisse im Saargebiet die Gemeinden ohnehin ohne Ausnahme finanziell überlastet sind, und deshalb ist es für uns eine Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch die Gemeinden entlastet werden, und ich gestatte mir deshalb am Schlusse meiner Ausführungen eine Anregung zu geben, von der ich annehme, daß alle Parteien damit einverstanden sind. Sie mögen dafür eintreten, daß der folgende Antrag hier einstimmiger Beschlußfassung unterliegt.

" Durch die im Saargebiet herrschende Wirtschaftskrise werden die Gemeinden mit dem Anteil des Sechstels an der Erwerbslosenunterstützung finanziell immer mehr belastet. Dazu kommen die zahlreichen ausgesteuerten Erwerbslosen, die eine weitere Belastung der Gemeinden, darstellen. Da die Gemeinden nicht in der Lage sind, die ihnen dadurch aufgebürdeten Lasten zu tragen,beschließt der Landesrat, die Regierungskommission zu ersuchen, die vollen Leistungen aus Erwerbslosenunterstützung auf die Landeskasse zu übernehmen."

Ich möchte bitten, weil ich vorausgesetzt habe, daß Sie alle damit einverstanden sind, diesem Antrag zuzustimmen,um dadurch zu erreichen, daß wenigstens die Gemeinden für die Zukunft finanziell entlastet werden.

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pfordt!

Abg.Pfordt(KP): Meine Herren! Sowohl der Abgeordnete Kiefer, wie auch der Abgeordnete Lieser, haben sich etwas mit der Wirtschaftslage beschäftigt. Von dem Abgeordneten Kiefer werden hier einige Briefe zitiert, die wohl das gräßlichste Elend unter der Arbeiterbevölkerung beleuchten. Die Herren dürfen nicht vergessen, daß diese Briefe eine einzige Anklage gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung sind. Man versucht durch die Verlesung dieser Briefe sich reinzuwaschen. Man schlägt Mittel vor, nicht nur heute, sondern in letzter Zeit, die diese Krise beheben sollen. Auch ist die Sprache von Arbeitsbeschaffung, Preissenkung usw. Wir wollen untersuchen. Als vor einigen Monaten gerade das Gespenst des Lohnabbaues zu merken war, als die Unternehmer die Forderung aufstellten ,Lohnabbau zur Ankurbelung der Wirtschaft, so waren es gerade die Kreise, die sich mit ihnen vereinigten und mit ihnen über Lohnabbau verhandelten.

In Deutschland redet man von Preisabbau. Im Saargebiet redet man nicht von Preisabbau. Die Wirtschaftstheoretiker im Saargebiet bemühen sich schon lange Zeit und suchen ein Mittel zu finden über Senkung der Preise. Man versucht, künstlich Zahlen aufzustellen, die die Senkung der Preise nachweisen sollen. Das trifft nicht zu. Wer die letzte Statistik gelesen hat, der konnte feststellen, daß die Ziffern nicht gesunken, sondern noch gestiegen waren und zwar gestiegen durch die Zollpolitik, die besonders in der letzten Zeit durch die französische Regierung durchgeführt wurde. Die Kommunistische Partei war damals die erste, die erklärte: "wir nähern uns einer Wirtschaftskrise". Alle Propheten der kapitalistischen Gesellschaft erklärten, daß nicht eine Krise, sondern daß Aussicht auf Besserung der Wirtschaft bestehe. Eine Besserung der Wirtschaftslage. Wir sehen nicht nur in Deutschland, sondern in allen Teilen der Welt eine furchtbare Wirtschaftskrise. Deutschland wird davon ganz besonders hart betroffen. Man schreibt das dem Young-Plan zu, der von den Parteien Deutschlands unterschrieben und angenommen wurde.

Was haben wir im Saargebiet als damals im Ruhrgebiet der Lohnabbau bekannt wurde, betont, öffentlich in allen Versammlungen, auch öffentlich in unserer Presse, daß im Saargebiet ein Lohnabbau folgen würde. Im Bergbau ist der Lohnabbau gekommen, die Metallindustrie wurde davon betroffen, die Bauarbeiter, die sich augenblicklich im Streik befinden, sind davon betroffen. Den Lohnabbau bei den Eisenbahnarbeitern begründet die Regierung damit, daß in allen Wirtschaftszweigen ein Lohnabbau erfolgte.

Wie sind die Dinge auf der andern Seite? Auf der Seite der Unternehmer. Auf der einen Seite wirken sie sich bei der arbeitenden Klasse katastrophal aus, und gleichzeitig tritt eine Steigerung der Profite bei der herrschenden Klasse ein. Man spricht hier von Arbeitsbeschaffung. Woher kommt sie? Die Regierungskommission hat mit allen Parteien Verhandlungen über Arbeitsbeschaffung geführt. Bis heute sehen wir nichts. Eine Fata morgana.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4 I

morgana. Es kommmt keine Arbeitsbeschaffung. Man spricht von Preissenkung und führt den Lohnabbau durch. Wegen dem Lohnabbau bei der Eisenbahn ist ein Antrag der Kommunistischen Partei Ihnen übermittelt worden. Man spricht von einem 5,7 % igen Lohnabbau. Wir stellen fest, daß die Gründe, die von der Regierung angeführt werden, die diesen unerhörten Lohnabbau beschönigen sollen oder als notwendig bezeichnen, nicht stichhaltig und nicht maßgebend sind. Wenn man die Arbeitnehmer auf der Eisenbahn mit einem Lohnabbau belastet, wenn man die Löhne auf der Eisenbahn senkt, so sieht man anderseits die hohen Gewinne auf der Eisenbahn. Und das steht im Widerspruch zu der Rede des Herrn Lieser, er sagt, die Eisenbahn ist ein Zuschußbetrieb. Wir können ihm erklären, daß im Jahre 1929 diese Eisenbahn die hübsche Summe von 9 Millionen Reingewinn abwarf. Man kann nicht von einem Zuschußbetrieb sprechen, sondern die Eisenbahn hat erhebliche Gewinne an die Regierungskommission abgeführt. Wir sehen auf der Eisenbahn aber die unerhörten Differenzierungen, erstens einmal die Differenzierung der oberen und unteren Angestellten. Wir sehen den großen Absatz zwischen den Gehältern der unteren Angestellten und der höher besoldeten. Wir wollen nicht die Gehälter der oberen Beamten im Einzelnen prüfen, aber wir betonen und erklären, daß, wenn die Wirtschaftslage auf der Eisenbahn so katastrophal sein soll, wie angeführt wird, kann man vor allen Dingen die Unsummen der phantastischen Gehälter der oberen Bürokratie herabsetzen. Wie sich der Lohnabbau auswirkt, darüber gibt uns die Zeitung, die uns von der Eisenbahn übermittelt wird, Aufschluß. Ein Oberbauarbeiter der Lohngruppe 1 - 7, bei einem bisherigen Bruttogehalt von 903 Franken abzüglich aller Lasten für die Sozialversicherung usw. streicht der Arbeiter noch einen Nettoverdienst von 800 Franken ein. Jetzt kommt die Lohnsenkung, sie beträgt ab 1.4. 31,20 Franken, ab 1.5. 62,40 Franken. Der Lohn senkt sich von 840 auf 753 Franken. Bei ledigen Arbeitern sehen die Dinge noch schlimmer aus. Der ledige Arbeiter erhielt vorher Brutto 838, ein Nettoeinkommen von 783 Franken, nach dem Lohnabbau 686 Franken. Wir fragen die Herren von der Regierung, ist es möglich, daß diese Arbeiter bei schwerer körperlicher Beschäftigung in einem so lebenswichtigen Betriebe mit diesem Einkommen leben können. Die Arbeiter werden auf die schlimmste Art durch den Lohnabbau betroffen. Sie sind nicht imstande, die Arbeit zu leisten und brechen unter der Last zusammen.

Wir wenden uns gegen den Abbau der Löhne, weil wir nachweisen können, daß die Gehälter der oberen Beamten in's Phantastische steigen. Man soll auch da abbauen, und wir fordern Einstellung des Lohnabbaus, wie er in der Erklärung dargelegt ist.

Nun noch etwas. Die Regierung geht zu einer neuen These über. Die Regierung macht ein Gesetz und läßt jene einsperren, die wider den Stachel lecken, aber das Recht für sich in Anspruch nimmt, wenn es gegen die Arbeiter geht ihre eigenen Bestimmungen bricht. Dies geht aus dem Artikel der „Landeszeitung" von gestern hervor. Hier finden wir: „Der Abbau der Löhne ist erfolgt ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist. Dasselbe sehen wir bei der Eisenbahn." Was will die Regierungskommission ? Wir stellen in diesem Hause fest, daß die Regierungskommission, wenn es in ihrem eigenen Interesse liegt, ihre eigenen Bestimmungen bricht, und die Arbeiter, wenn sie es wagen, sich dagegen aufzulehnen, einfach einsperrt oder auf der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

Straße terrorisieren läßt.

Man spricht von Wirtschaftskrise. Man spricht davon, daß durch das Mittel der Arbeitsbeschaffung die Wirtschaftskrise behoben werden könne. Man spricht von Bliesregulierung. Man schlägt Palliativmittelchen vor. Die gegenwärtige Krise entstand auf dem Boden der allgemeinen Wirtschaftskrise. Sie ist in Wirklichkeit eine Weltwirtschaftskrise. Kann man sie beheben durch Zölle, durch Lohnabbau ? Nein,wir sehen, daß alle Mittel, welche angewandt werden zur Behebung der Krise sich in neue Widersprüche verwickeln. Das möchten wir den Herren der Rechten eindringlich sagen. An diesen Widersprüchen wird die kapitalistische Wirtschaft zugrunde gehen; sie ist nicht in der Lage, den Knoten der Krise zu lösen, auch nicht durch diese Mittelchen. Sie wird nicht dazu imstande sein, und wir erklären, die Sieger von morgen, das revolutionäre Proletariat im Bunde mit den Werktätigen allein, wird imstande sein dazu, indem es die Ursachen der Wirtschaftskrise,das anarchistische kapitalistische Wirtschaftssystem beseitigt.

Zum Bauarbeiterstreik. Der Bauarbeiterstreik ist entbrannt zur Verhinderung des Lohnabbaus. Ein Schiedsspruch von 5,5 % wurde gefällt. Den Unternehmern, die nachweisbar hohe Profite einheimsen, ging dieser Lohnabbau nicht weit genug. Sie verbreiten Revers, die die Arbeiter unterschreiben sollen. Diese Reverse sind von den Arbeitern nicht unterschrieben worden, weil sie einen Lohnabbau von 8,5 % vorsehen. Die Arbeiter sind in den Streik getreten - und das mag sich die Sozialdemokratische Fraktion gut merken- als der Schiedsspruch angenommen wurde von den Arbeitnehmervertretern und als der Streik begann zur Verhinderung des Lohnabbaus, ich betone, unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsorganisationen, fanden diese Woche Verhandlungen statt, wo die Unternehmer unter dem Vorsitz des Herrn Dr.Neikes einen neuen Spruch fällten. Morgen soll die Erklärung dazu abgegeben werden. Diese wird so aussehen, daß diese Gewerkschaftsführer, die für den 5,5 % igen Lohnabbau stimmten oder annahmen, daß sie noch zu den 5,5 % die in Frage stehenden 1 1/2 % für die Bauarbeiter annehmen werden.

Wir erklären, daß dieser Lohnraub nicht verhindert wird, wenn man hier predigt, wie die Krise zu beheben ist. Warum treten die Gewerkschaftsführer in diese Verhandlungen ein. Herr Kiefer, Sie wissen doch, wie die Lage der Arbeiterklasse aussieht, Sie kennen doch dieses Elend. Trotzdem geht man als „Führer" der Arbeiter hin und stimmt für beiderseitige Verteilung der Lasten.

Wir wissen, daß in diesem Hause der Kampf nicht ausgetragen wird, wir wissen, daß die Arbeiterklasse mit diesen Dingen aufräumen muß.

Den Antrag der Sozialdemokratischen Partei betreffend Erwerbslosenfürsorge unterstützen wir. Wir sind für die Übernahme der Lasten aus der Erwerbslosenfürsorge auf die Landeskasse. Aber was sehen wir im Saargebiet. Die Regierungskommission spricht von 19 000 Erwerbslosen. Das stimmt nicht. Die Landeszeitung sprach damals von 22 000. Ich stelle fest, daß wir nicht nur 22 000, sondern 30 000 Erwerbslose aufzuweisen haben in einem Gebiet, das kaum 800 000 Einwohner zählt. Wo führt das hin. Was fordern die Arbeitslosen auf den Straßen ? Man sagt, die Arbeitslosen wollten Schaufenster einschlagen. Darum hetzt man das kleine Bürgertum auf gegen die Arbeitslosen . Sie wollen kämpfen, sie wollen ihre

Armut

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

80

Armut auf die Straße tragen, und weil sie das tun, deshalb terrorisiert man sie. So sieht es in Wirklichkeit aus. Was fordern denn die Arbeitslosen ? Sie fordern Brot und Arbeit. Hier spricht man von Arbeitsbeschaffung. Gebt doch den Erwerbslosen Arbeit. Sie wollen nicht die Schaufenster stürmen, sie wollen nur ihr Recht. Der Erwerbslose sowohl als auch Herr Röchling sind Staatsbürger. Sie haben „Recht" mit dem Unterschied, daß er über hunderte Millionen verfügt, und der andere hat nichts zu beißen.

(Zuruf des Abg.Röchling: Ich habe Schulden!)

Wir lesen ja Ihren Handelsteil.

Nun zum Schluß. Meine Herren, wir erklären,daß diese Wirtschaftskrise mit solchen Mitteln nicht überwunden werden kann. Wir erklären, daß wir noch nicht den tiefsten Punkt der Krise erreicht haben, und wir sehen bereits die Tendenz des Umschlagens der Wirtschaftskrise in eine politische Krise im Saargebiet und in Deutschland. Wir sehen, wie die Arbeiter um ihr Recht kämpfen. Wir sehen gleichzeitig, wie der ganze Staatsapparat zur Unterdrückung eingesetzt wird zum Niederschlagen der Proletarier. Wir kämpfen dagegen. Wir rufen das Volk auf dagegen, und wir sagen zum Schluß: Meine Herren, Sie mögen über die Dinge lächeln, Sie mögen auch den Kommunismus verhöhnen, Sie mögen auch über die Sowjet-Union schimpfen,aber wissen Sie, daß es dort keine Erwerbslosigkeit gibt. Verlassen Sie sich darauf, die Herrschaft der kapitalistischen Klasse ist auf die Geduld der Massen aufgebaut, und diese Geduld geht sehr bald zu Ende.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

01

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr.Dr.Röchling!

Abg. Dr.Dr.Röchling(DSV): Meine Herren! Das Problem der Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist nicht mit billigen Schlagworten wie „Beschaffung von Arbeit", „Aussaugen der Massen durch die kapitalistische Welt " oder durch die Behauptung, daß die kapitalistische Welt abgewirtschaftet habe, udgl. zu beseitigen. Wir sollten uns einmal in aller Ruhe und Nüchternheit über die Ursachen der Arbeitslosigkeit unterhalten. Vielleicht finden wir da doch eine Verständigung, denn schließlich kommt es nicht darauf an, daß einer den andern ausschimpft, sondern daß wir zusammen die Wege suchen, die herausführen aus dem Elend.

Sie klagen darüber, daß es der Arbeiterschaft schlecht geht. Das ist berechtigt. Es geht ihr nicht gut.

(Zuruf der Kommunisten: Das wissen Sie !)

Ja, ich weiß es. Das Bürgertum klagt darüber, daß Konkurse über Konkurse eintreten. Überall, bei uns im Lande hier und drüben in Deutschland, ist die Verarmung in allen Schichten eine so außerordentliche große geworden, daß wir tatsächlich ziemlich lang zurückgehen müssen, bis wir eine ähnliche Zeit wieder finden. Der Krieg hat ein unsinniges Geld gekostet. Er hat die Hälfte - und wahrscheinlich mehr - unseres Volksvermögens aufgezehrt. Wie groß die Verluste durch den Krieg in den andern Ländern sind, habe ich noch nicht untersucht. Aber so furchtbar viel kleiner wird der Verlust auch dort nicht sein. Also,wir stehen vor der Tatsache, daß die Völker der Erde, besonders die von Europa, vier Jahre lang das zerstört und verbraucht haben, was sie an Volksvermögen besaßen, und daß damit eine außerordentliche Verarmung eingetreten ist. Daß nun jeder versucht, die Verarmung auf den andern abzuschieben, das ist nicht so sehr verwunderlich. Bisher ist es der breiten Masse gelungen, die Verarmung zunächst auf den Besitz zu schieben. Daher ist der Besitz in einem ungeheuren Maße verschwunden. Wenn vorhin gesagt worden ist, ich hätte doch die vielen Millionen, so kann ich Ihnen leider nur sagen (zu der Linken gewendet): Ich habe heute sehr viele Millionen weniger zur Verfügung und sehr viel mehr Schulden, und die Folge davon ist, daß ich eine ganze Menge Dinge, die ich im Interesse der Technik machen müßte, nichtmachen kann.

(Zurufe der Kommunisten: Armer,armer Mann!)

Ich beklage mich nicht, sondern ich sage nur, daß die Tatsache der allgemeinen Verarmung feststeht,wodurch sich die Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden, sehr vergrößert haben. Nun, die Folge des Krieges ist aber nicht bloß die Verarmung, sondern die weitere Folge war eine allgemeine Preissteigerung im Kriege und nach dem Kriege, die auf allen Gebieten eingetreten ist durch die Verminderung der Erzeugung. Verminderung der Erzeugung bedeutet steigende Preise, wenn der Bedarf gleichmäßig geblieben ist. Die Preissteigerung ging aus von der Landwirtschaft. Dann sind die Löhne gefolgt. Natürlich, wie die Preise stiegen, sind auch die Preise für die industriellen Erzeugnisse in die Höhe gegangen , und so hatten wir eine allgemeine Preissteigerung zu verzeichnen. Diese allgemeine Preissteigerung hat dann zur Folge gehabt, daß die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4 I

82

L H Saarbrücken

Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4

Lasten der Staaten außerordentlich gestiegen sind. In Verbindung damit, und in Verbindung mit dem verlorenen Krieg hat sich das wiederholt ereignet. Nun ist es weitergegangen. Jeder Mensch, der kapitalistisch arbeitet, ob das ein Bauer ist oder wer es auch sei, der kann die großen Lasten nur tragen, wenn er sie auf eine möglichst große Erzeugung verteilt, um die Lasten so niedrig wie möglich zu machen,d.h. er erzeugt möglichst viel, um geringere Lasten zu haben. Das ist eine Binsenwahrheit. Das hat zunächst dazu geführt, daß die landwirtschaftliche Erzeugung der Welt ungeheuer gewachsen ist, mit der Folge eines Preisfalles, wie ihn die Welt seit 100 Jahren wohl nicht gesehen hat. Der Preisfall ist derartig gewaltig, daß.der Weizenpreis in den Vereinigten Staaten und in Kanada heute nur noch 1/5 dessen beträgt, was er vor 4 Jahren war. Auf etwa 20 % ist der Preis zurückgegangen. Ähnliche Zahlen gibt es auf vielen Gebieten.

(Zurufe der Kommunisten: Das spürt man bei uns!)

Ich komme darauf, lassen Sie mich ausreden, dann geht die Sache leichter, als wenn Sie mich stören.

(Zuruf der Kommunisten: Sie können uns doch nicht belehren!)

Sie möchten nichts lernen von mir,? Das kann ja sein. Nun, darf ich weiter fortfahren?

Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind auf der ganzen Welt gefallen in einem Maße, das faktisch in jedem europäischen Lande diese Preise unter die Erzeugungskosten gesunken sind. Es ist ja auch klar,daß, wenn neue Methoden der Bodenbearbeitung, aber auch neue jungfräuliche Gebiete der Landwirtschaft in den Kreis der Weltwirtschaft hineintreten, daß dadurch eine starke Veränderung in der Entwicklung entsteht. Diese Veränderung hat sich zunächst einmal in einer starken Vermehrung der Erzeugung ausgedrückt. Für die Mehrerzeugung mußte der Absatz dort gesucht werden, wo die großen Menschenmassen wohnen, das ist Europa. Sie hätte auch abgesetzt werden können nach China, und zwar mußte man das Getreide den Chinesen schenken. Daß dies leider versäumt worden ist, war ein großer Fehler der kapitalistischen Wirtschaftsführung. Es fehlte da der führende Kopf; ein Nansen hätte es fertig gebracht. Die Wirkung war die, daß zunächst einmal die Landwirtschaft in einem großen Teil der europäischen Länder in eine schwierige Lage kam. Rückgang der Preise in Deutschland, Frankreich, Polen, Rumänien. Es fehlte der Käufer für die Mehrerzeugung. Wenn jemand da gewesen wäre, der die Waren hätte kaufen können, dann wäre die Not der Landwirtschaft ganz bedeutend geringer gewesen. Die Rückwirkung dieser ungeheuren landwirtschaftlichen Krise auf die industrielle Erzeugung blieb nicht aus, denn in dem Moment, in dem der Bauer keine Kleider, keine Schuhe, keine landwirtschaftlichen Geräte usw. kaufen kann, leidet die Industrie darunter. Die Rückwirkung hat sich dann auch überall in einer starken Arbeitslosigkeit bemerkbar gemacht. Hohe Preise in der Industrie, niedrige Preise in der Landwirtschaft verhindern die Landwirtschaft im Kaufen. Auf diesem Austausch aber beruht tatsächlich die gesamte Weltwirtschaft; alles, was dazwischen ist, ist bloß Vermittlung. Die großen Erzeugungs- und Verbrauchsgebiete sind Landwirtschaft und Industrie, und nur der Austausch der Erzeugnisse dieser Erwerbsstände

ist entscheidend für die Arbeitsbeschaffung. In dem Moment, wo dieser Austausch gestört ist, wie z.B. bei einem starken Preisfall der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, besteht keine Möglichkeit mehr, die Ware abzusetzen; da kann man machen was man will. Infolgedessen entsteht nun die Frage: Können Sie die landwirtschaftlichen Preise heben? Das können Sie gewiß in einem zollgeschützten Lande, aber nur vorübergehend. Das, was jetzt drüben im Reiche gemacht worden ist an Zollermächtigungen, ist eine augenblickliche Notmaßmahme, aber keine Maßnahme, die wir von der Industrie als dauernde Maßnahme ansehen können.

(Zuruf der Kommunisten: Das spürt der Prolet an seinem Magen!)

Das kann ich mir vorstellen, daß noch sehr große Schwierigkeiten vor uns liegen. Nun, überlegen Sie mal weiter: Wenn Sie mir zustimmen, daß die Frage industrieller und landwirtschaftlicher Erzeugung, die Beschäftigung auf beiden Seiten, nur darauf beruht, daß ein Austausch in Waren stattfinden kann, so werden Sie vielleicht auch zugeben, daß die entscheidende Frage ist, wie das Preisverhältnis der beiden Erzeugergruppen sich gegenseitig verhält. Wir hatten zuletzt in Deutschland ein Preisverhältnis, das bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf ungefähr 100 des Vorkriegspreises steht, bei der industriellen Halberzeugung auf etwa 118 % steht, während die Fertigwaren auf 140 und 150 % stehen. Nun werden Sie mir ohne weiteres zustimmen, daß der Bauer in der Hauptsache Fertigwaren kaufen wird. Also: Da haben Sie ein Austauschverhältnis von 150 zu 100. Es ist unmöglich, es ist undenkbar, daß auf diesem Wege das normale Funktionieren der Wirtschaft herbeigeführt werden kann. Infolgedessen haben wir uns immer wieder, habe ich mich wenigstens seit längerer Zeit ständig dafür eingesetzt, daß auch die industriellen Preise gesenkt werden müssen. Die Preise müssen herabgesetzt werden, da die Verdienstspanne null oder vielfach minus ist, und zu Lasten dieser eine Senkung der Preise unmöglich ist. Der größte Teil der Verdienstspanne sind die Abschreibungen und diese sind doch dazu da, die Modernhaltung des Betriebes zu garantieren. Die Abschreibungen sind nichts weiter als die Mittel, die dazu dienen, die Unternehmungen auf dem modernen Stand zu erhalten.

(Zuruf des Abg.Petri(SP): Und die hohen Gehälter der Generaldirektoren !)

Auch ich halte dieselben für einen Unfug. Es ist gar kein Zweifel, daß kein Direktor soviel leisten kann, daß er ein Gehalt von 100 000 Mark verdient. Meine Firma hat Übertreibungen in dieser Hinsicht nicht mitgemacht. Auch würde ich einmal zunächst das Geld dazu benutzen, um die Verbesserungen zu machen, die nötig sind. Also praktisch sind wir doch bessere Leute, wie Sie meinen.

(Zuruf des Abg.Reinhard(KP): Wie stehen Sie zu dem Russengeschäft!)

Die Probleme sind ziemlich einfach. Wenn wir Schutzzölle einführen, dann schützen wir unsere Landwirtschaft vor der Konkurrenz der Länder, die tatsächlich viel billigere Arbeitsbedingungen haben. Wenn man diesen Schutz nicht erhält,

dann

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4 I

dann fehlen uns die Abnehmer. Die Neger und Chinesen können die Waren nicht gebrauchen, sie haben kein Geld. Man muß die Landwirtschaft in dem großen Konkurrenzkampf so schützen, daß sie nicht zugrunde geht. Nun ist die Frage:

Wie kommt man zu der Senkung der Verkaufspreise?

Diese setzt zweifellos eine Senkung der Selbstkosten voraus. Ein großer Teil wird auf dem Wege des technischen Fortschrittes erzeilt. Dieser kostet aber sehr viel Geld.

(Zuruf des Abg.Reinhard(KP): Wenn man einen so großen Gasometer baut ? Heute morgen als ich vorbeifuhr, sagte ich noch, was muß Herr Röchling doch ein reicher Mann sein.

Das Geld dazu habe ich mir gepumpt!

(Zuruf des Abg.Hey(KP): Das wird doch kein Arbeitsloser gewesen sein, der Ihnen das geliehen hat.)

Nein, es haben mir Leute geliehen, die Vertrauen zu mir haben. Ich bin stolz darauf, daß mir solches Vertrauen geschenkt wird.

Die Senkung der Selbstkosten kann nicht vorbeigehen an einer Senkung aller Lasten, auch der Arbeitslöhne. Aber Voraussetzung des Lohnabbaues muß sein - das haben wir von vornherein erklärt-, daß die gesamten Direktoren und höheren Beamten, die mehr als 400 Mark verdienen, freiwillig auf einen bestimmten Prozentsatz verzichten. Das ist auch ausnahmslos geschehen. Unsere Beamten haben die Notwendigkeit eingesehen, denn wer im Unternehmen drin steht, weiß Bescheid. Wenn Sie mithelfen, die industriellen Preise so weit zu senken, daß der Ausgleich mit den landwirtschaftlichen Preisen da ist, dann helfen Sie der Industrie und zugleich der Landwirtschaft. Die Bauern sagen: „Vor dem Kriege hat ein Hufeisen 1 Mark gekostet, heute kostet es zwei Mark. Wir bekommen aber für unser Getreide nur das, was wir vorher bekamen." Man kann den Leuten nur antworten: „Ihr habt recht!" Wir wollen und müssen uns bemühen, die Ursachen der Schäden, die zur Arbeitslosigkeit führen, zu beseitigen. Ein allgemeiner Abbau der Preise ist eine Notwendigkeit, und daran müssen sich alle Kreise beteiligen. Es haben daran schon sehr viele Kreise vorgeleistet. Die Verarmung der weitesten Kreise des Bürgertums ist in ungeheurem Maße vorgeschritten, da fast alle diese Leute ihre Vermögen infolge der zu hohen Lasten und Steuern verloren haben. Die Verarmung der sog. Kapitalisten ist so groß, daß sie nicht die Möglichkeit haben, ihre Betriebe zu finanzieren in dem Maße, wie es früher der Fall war.

(Zuruf des Abg.Reinhard (KP): Ja, da wir mehr Kapitalisten haben wie vor dem Kriege !)

Ehe das Vermögen nicht wieder da ist, wird der Wohlstand auch nicht da sein können, von dem wir früher ausgegangen sind. Herabsteigen tut keiner gern. Aber an der Aufgabe, sparsamer zu werden, kommt kein Staat, kein Volk, kein Einzelner vorbei.

Nun

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

Nun sagen Sie, meine Herren, „Arbeitsbeschaffung." Das ist aber bloß eine vorübergehende Maßnahme, die niemals den Ausgleich für die ganze schwierige Materie bringen kann. Man muß dazu übergehen, statt Vermögen zu verbrauchen, Vermögen zu schaffen. Die Aufgabe ist, billige und gute Ware herzustellen.

(Zuruf des Abg.Petri(SP): Warum wird in Kanada Weizen verbrannt ?)

Das ist eine Sünde des Kapitalismus. Sie hätten besser getan, den Weizen den Chinesen zu schenken.

(Zuruf des Abg.Reinhard(KP): Was sagen Sie zu dem Fünfjahresplan in Rußland ?)

Wir haben eine Lieferung nach Rußland übernommen, die das Werk in Wetzlar bis zum Anfang Juli ds.Js. voll beschäftigt. Sie sehen daraus, daß wir nicht den Kopf in den Sand stecken. Das sind Dinge, die wir mitnehmen, um über die schwierigen Zeiten hinwegzukommen. Wir tun dies, trotzdem wir den Bolschewismus nicht lieben. Ich habe früher einmal gesagt, ein System, das wie das russische 8 bis 10 Millionen Menschen das Leben gekostet hat, ist für mich nicht ohne weiteres erstrebenswert. Gewiß kann man auch auf den Händen gehen, aber vernünftige Leute gehen auf den Füßen. Bei dem, was in Rußland geschieht, ist es wirklich nicht schwer, zu einem gewissen Erfolge zu kommen. Es ist kein Kunststück, den Ertrag je Morgen der russischen Landwirtschaft um einen Zentner in die Höhe zu setzen.

(Zuruf des Abg. Lieser (SP): Das wird wieder verbrannt!)

Aber andere Verhältnisse, wie wir sie heute haben, werden nur durch einen wirklichen Preisabbau geschaffen werden können. Wenn wir soweit sind, daß wir wieder die Vorkriegspreise auf allen Gebieten haben, dann haben wir einen gewissen Fortschritt gemacht und die Arbeitslosigkeit könnte in etwa beseitigt werden. Dies setzt aber voraus, daß auch die Staatslasten abgebaut werden. Auf alle Fälle kann eine Gesundung nur kommen, wenn überall im Staatsleben eine Rückentwicklung zu den Sparmethoden eintritt, wie dies früher im alten Preußen der Fall war. Die Dinge kommen von allein, denn sie sind stärker wie Sie und ich. Sehen Sie, wie ich gezwungen werde, Dinge zu machen, die mir nicht liegen; ich <u>muß</u> nach Rußland liefern.

(Zuruf des Abg.Reinhard(KP): Weil Sie etwas verdienen.)

Ob ich etwas verdiene, ist noch nicht bewiesen; bestimmt verdient aber die Masse, die Arbeiter. Wenn wir ein gewisses Preismaß erreicht haben, dann können wir daran denken, die Zölle für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse herabzusetzen.

(Zuruf des Abg.Reinhard(KP): Der Industriearbeiter verhungert eher wie der Bauer!)

In Rußland ist es so, daß es der Industriearbeiterschaft sehr schlecht geht, trotzdem sie vorzugsweise Nahrungsmittel bekommt.

<u>Wir</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Wir haben vom Landesrat aus mehrfach zur Beseitigung der augenblicklichen Notlage verlangt, daß die großen Straßenbauten, die bei uns im Lande zweifellos ein großes Bedürfnis sind, wie z.B. die Saartalstraße nach Saargemünd, die Köllertalstraße usw. in Angriff genommen werden und daß die Regierung sie als Staatsstraßen ausbaue. Es ist uns leider immer abgelehnt worden. Ich möchte bitten, daß die Frage nochmals eingehend geprüft wird, ob denn gar keine Möglichkeit besteht, daß diese Projekte der Verwirklichung zugeführt werden können. Sparsam muß jede Regierung sein mit ihren Ausgaben; aber sie sollte in erster Linie sparen an alledem, was nicht unbedingt erforderlich ist. Wir haben sicher einen viel größeren Verwaltungsapparat als unbedingt erforderlich, und wir könnten ganz bestimmt eine große Zahl von den französischen Beamten entbehren, die hier herumlaufen.

Eine weitere Sache, die ich bitte, sehr ernsthaft zu behandeln, ist die

<u>die Frage der Ostertalbahn</u>.

Die Ostertalbahn ist keine Spielerei, sondern für uns, die wir hier von dem Kohlenbergbau noch leben, eine der wichtigsten Fragen, die es gibt. Im Sulzbachtal wird eine Schachtanlage nach der andern zugrunde gehen, Friedrichstal als erste weil nichts mehr drin ist oder das, was drin ist, nur sehr schwer gewonnen werden kann. In der Nordecke des Saargebietes und nordöstlich davon, liegen die besten Fellkohlen,die wir haben; und wenn wir die Ostertalbahn bauen, so wäre es nachher ein Leichtes, mit verhältnismäßig sehr wenigen Geldmitteln dort eine neue Gewinnungsstätte für Kohlen mit großem Erfolg aufzubauen. Man soll derartige Dinge, die wirklich Lebensfragen sind, in den Mittelpunkt stellen. Die Straßenbauten sind schön, aber die Ostertalbahn ist unendlich viel wichtiger, weil ich darin die Möglichkeit sehe einer gedeihlichen Fortentwicklung unserer gesamten Wirtschaft.

Eine weitere Frage, die wichtig ist zur Vermeidung von Verlusten, ist

<u>die Frage der Blies-und Prims-Regulierung.</u>

Wer die Zerstörungen gesehen hat, die die Überschwemmungen im letzten Jahr an beiden Bächen hervorgerufen haben, wird sich sagen müssen, daß man ein derartiges Unglück nicht wieder auftreten lassen darf. Es müssen die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um die ungeheuren Verluste, die uns durch diese Überschwemmungen entstehen, zu vermeiden. Das ist kein Geld zum Fenster hinausgeworfen, sondern das ist vorbeugende Sparsamkeit. Ich möchte den Herrn Regierungsvertreter bitten, seinen Vorgesetzten mitzuteilen, daß wir alle die Regulierung dieser Bäche für eine der wichtigsten Fragen halten, die zu lösen sind.

Was die Frage des Lohnabbaues bei der Eisenbahn betrifft, so kann ich persönlich nur das wiederholen, was ich gesagt habe zum Lohnabbau in der Eisenindustrie. Ich bin überzeugt, daß die Gewerkschaften bei ihren Verhandlungen mit der Regierungskommission imstande sind, ihre Belange selbst zu vertreten.

Wir haben auch die Bitte ausgesprochen, daß die Regierungskommission uns einmal einen etwas klareren Einblick in ihre Finanzverhältnisse gibt. Die Regierungskommission würde sich wahrscheinlich vieles erleichtern, wenn sie in

<u>diesem</u>

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

87

diesem Sinne etwas offenherziger wäre. Denn wegholen können wir das Geld ja doch nicht. Wir wissen ja auch, wieviel es ist. Also verheimlichen kann sie es uns doch nicht. Wenn sie uns also Kenntnis gäbe, was nunmehr bei ihr liegt, so würde bestimmt manche Kritik, die bei uns wach wird, in andere Bahnen gelenkt werden können, und wir würden zusammen überlegen, was ist dringendund was kann man machen. Die Mitarbeit der Bevölkerung sollte mehr beachtenswert sein, als sich viele Leute der Regierungskommission denken.

Meine Herren! Ich schließe damit und möchte bitten, daß das Bestreben, ruhig und vernünftig über alle Dinge miteinander zu reden, etwas mehr in Form und Rede trete. Die Agitation kann nachher kommen; die können Sie draußen machen.

(Bravo - Rufe !)

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Weiß!

Abg. Weiß (KPO): Meine Herren! Infolge der vorgerückten Zeit will ich mich zunächst ganz kurz mit dem Antrag beschäftigen, den wir eingereicht haben, und ich bitte, daß die bisherigen Unterstützungen für die Erwerbslosen in der Höhe, ohne daß wir uns die bisherigen Unterstützungssätze zu eigen machen und als ungenügend bezeichnen, weitergezahlt werden sollen.

Im übrigen schließen wir uns dem Antrag der Kommunistischen Fraktion an bezüglich des Lohnabbaues bei der Eisenbahn, den wir aufs schärfste verurteilen. Wir verlangen die Zurücknahme des Lohnabbaues.

Nun ein paar Worte zu den Ausführungen des Herrn Röchling:

Es wäre besser gewesen, wir hätten um 9 Uhr damit begonnen, um ausgiebig zu den sehr interessanten Ausführungen auch Stellung nehmen zu können. Er sagt z.B., er sei heute ärmer als vor dem Krieg, und wir haben feststellen können, daß sehr oft dort, wo die Kritik seitens der Arbeiter ziemlich scharf einsetzt, er den besten Weg wählt und sagt „ich bin nicht verantwortlich zu machen, andere sind schuld daran." Wir wollen dabei nicht verkennen, daß aber doch der maßgebende Einfluß über die Entscheidungen, die gefällt werden, doch jedenfalls mit durch Herrn Röchling persönlich oder ihm nahestehenden Kreise ausgeübt wird. Und wenn er ferner sagt, wir wollen uns möglichst in aller Ruhe zusammensetzen, um diese schwerwiegenden Probleme zu besprechen, dann glaube ich, daß das eben nur eine Fata morgana, ein Trugbild ist, in aller Ruhe sich zusammensetzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Bei Arbeitgebern, die den Standpunkt vertreten, ist es unmöglich, daß eine Aussöhnung mit der Arbeiterklasse Platz greifen kann, durchgeführt werden kann. Im wesentlichen handelt es sich doch darum, daß heute das große Heer der Erwerbslosen zu verzeichnen ist, weil eine Absatzmöglichkeit nicht vorhanden ist. Durch die Modernisierung und technische Rationalisierung der Betriebe sind Millionen Arbeitskräfte in allen kapitalistischen Ländern freigestellt; selbst die modernisierten Betriebe sind nicht imstande, ihren Betrieb voll ausnutzen zu können, da der Absatz fehlt. Nun heißt es ja: Wir haben vor dem Krieg die Kolonialländer versorgt; die haben wir heute als deutsches Wirtschaftsgebiet nicht mehr. Darüber hinaus darf ich nicht außer acht lassen, daß eben gerade diese rückständigen also sogen. Kolonialvölker, wie man sie bezeichnet hat, während des vierjährigen Völkermordens dort gelernt haben, nicht Krieg zu führen, sondern langsam aber zielbewußt eine eigene Industrie aufzubauen. Diese Kolonialvölker, die nun ihre Industrie entwickelt haben, haben naturgemäß heute nicht mehr notwendig, so angewiesen zu sein auf die hohe Entwicklung kapitalistischer Länder wie in Deutschland. Darauf ist Rücksicht zu nehmen, das Fehlen der Absatzmöglichkeit einerseits und die Masse andererseits, die nicht in der Lage ist diese Produktion und diese Güter kaufen zu können. Ist es nicht gerade ein Widersinn, daß z.B. - Herr Röchling hat von Landwirtschaft und Industrie gesprochen - das Pfund Zucker rein an Zoll 18 Pfg. kostet. Wir zahlen dreimal mehr an Zoll für ein Pfund Zucker, als in Wirklichkeit der Weltmarktpreis für ein Pfund beträgt.

Ähnlich

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4 I

Ähnlich ist es bei Roggen, Weizen usw. Darüber hinaus hat Herr Röchling gesprochen insbesondere von der Steigerung der Industrieprodukte, und auch hier muß man sagen: Ist es nicht gerade ein Widersinn, daß z.B. in Deutschland für die Tonne Stahl oder Eisen 130, 140, 145 Mark gezahlt werden müssen, während dieselbe Tonne im Ausland für 70 - 80 Mark bezogen werden kann. Hier die deutschen Arbeitnehmer, die diese Produkte herstellen und sie wiederum, wenn sie sie wieder kaufen, zahlen 140 Mark dafür, während im Ausland sie für die Tonne nur 70 - 80 Mark zu zahlen brauchen. Und da reden die Wirtschaftstheoretiker von einer Ankurbelung der Wirtschaft. Kann denn da die Wirtschaft angekurbelt werden, wenn wir für den deutschen Stahl in Deutschland 50 - 60 Mark mehr bezahlen als das Ausland. Dann mögen doch diese Herren Industriekapitäne dazu übergehen und auch für das Inland denselben Preis fordern. Dann wird es möglich sein, daß im Baugewerbe mit allen übrigen Industriegruppen einigermaßen, wenn auch nicht ganz zu beheben, einigermaßen das Millionenerwerbslosenheer zum Teil vermindern zu können. Es ist doch unmöglich, bei den hohen Zinssätzen, die gezahlt werden müssen, daß Arbeiter mit einem Einkommen von 600 bis 700 Franken sich noch ein eigenes Haus erstellen können. Die Preise müssen herunter, Herr Röchling. Sie haben sehr warme Worte dafür gefunden, daß z.B. die Regierungskommission mit den Ausgaben sehr sparsam sein soll, daß nur Dinge gemacht werden, die im Interesse des Volkes liegen.

Sie sind in der Gemeinde Völklingen ansässig, und die Gemeinde Völklingen ist infolge der schlechten Wirtschaftslage in eine erhebliche Finanzkrise eingetreten

(Zurufe: Leider, leider!)

vergessen aber dabei, dem hohen Haus zu sagen, daß sie einen nicht unerheblichen Teil zu dieser Finanzkrise beigetragen haben.

(Zuruf: Wieso!)

Sie haben nicht mehr oder weniger als etwa 500 000 Franken an Steuern, die veranlagt waren, wieder zurückerstattet bekommen.

(Zuruf: Weil die Steuern zu hoch waren!)

Etwa 500 000 Franken werden Herrn Röchling wieder zurückerstattet.

(Zuruf des Abg.Röchling: Ich habe mehr bezahlt als ich mußte !)

Diejenigen Kreise, die Sie versteuert und veranlagt haben, gehören nicht unserer Auffassung an, und die müssen bestimmt mehr Bescheid wissen, was Sie zahlen können und zu welchem Steuersatz Sie zu veranlagen sind. Diese 500 000 Franken, die der Gemeinde Völklingen fehlen, damit könnte schon sehr sehr viel angefangen werden. Wenn schon diese Leute das angeben, so ist das ein Zeichen, daß wirklich hohe Summen an Steuerbeträgen, insbesondere von den Röchlingwerken an die Gemeinde abgeführt werden. Im übrigen bestreiten Sie nicht, daß jedenfalls sehr viel für die Gemeinde Völklingen zum Nachteil geschafft wird.

Sie haben ferner darauf hingewiesen, daß z.B. die Absatzmöglichkeiten sehr schwierig sind, daß die Löhne abgebaut werden müssen, weil überall gespart wird. Sie haben doch vor nicht allzulanger Zeit über 7 000 Arbeiter beschäftigt. Dort haben Sie eine Produktion gehabt von monatlich

<u>etwa</u>

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

etwa 30 bis 35000 Tonnen, sogar auf 40 000 Tonnen gesteigert. Wir haben heute noch nicht einmal 6000, also rund 1000 weniger und haben fast jede Woche eine Feierschicht zu verzeichnen und die Produktion ist z.B. im Monat Dezember auf 40 000 Tonnen gestiegen.

Sie reden da von technischen Verbesserungen, die sehr viel Geld kosten würden. Diese sind lange nicht so in den Vordergrund zu stellen, als wie die Ausbeutung des einzelnen Arbeiters im Betrieb.

(Zuruf: Das trifft nicht zu !)

Man hätte längere Zeit dazu haben müssen, um die Ausführungen des Herrn Röchling genau einer Analyse unterziehen zu können. Aber nur mit einem Satz. Sie haben gesagt, daß sich in der Nachkriegszeit das sog.Volksvermögen wesentlich verschoben hätte,. Der Mittelstand von vor dem Kriege existiert heute nicht mehr, aber die wesentliche Verschiebung hat Platz gegriffen dadurch, daß diese besitzenden Stände des Mittelstandes nicht zu den sog.Proletariern übergesiedelt sind, sondern zu den kapitalistischen Kreise. Ich habe vor mir die Zeitung des Bergarbeiter-Verbandes liegen. Dort ist ein Artikel, dessen Überschrift lautet: Wie das Kapital der Großunternehmer wächst. In diesem Artikel werden die verschiedenen Aktien-Gesellschaften und ihre Aktionäre aufgezählt. Wie diese Besitz gewechselt haben, sehen Sie an einer folgenden Darstellung: Im Dezember 1925 waren beispielsweise 13010 Aktiengesellschaften vorhanden mit einem Gesamt-Aktienkapital von 19121 Millionen Mark. Im Dezember 1930 hatten wir nicht mehr 13010 Aktiengesellschaften, sondern nur noch 10970,während aber das Gesamt-Aktienkapital von 19121 Millionen auf 24489 Millionen gestiegen war. Sie sehen die wesentliche Verschiebung des Kapitals,dass anderseits eingetreten ist die größere Verarmung der gesamten werktätigen Bevölkerung, das Zurückgehen der Aktiengesellschaften als solche. Die Zahl wird weniger während das Gesamtvermögen dieser Aktionäre ungeheuer gesteigert worden ist. Und wenn das vom Jahre 1925 - 1930 als eine Gegenüberstellung vor uns liegt,Herr Röchling. Das ,was Sie uns gesagt haben bezüglich der Lage in den einzelnen Werken der Industrieunternehmungen haben Sie uns vor 4,5,10 Jahren erzählt. Sie passen sich jeder Situation an, und Sie sagen das bekannte Sprichwort: Der kluge Mann baut vor. Ihre Ankündigungen, uns in Ruhe zusammenzusetzen, deuten nichts anderes an, als daß Sie nunmehr mit den Dingen, die hinter uns liegen, einen Abschlußstrich unter die Rechnung machen, daß auf dem Gebiet der Sozialpolitik, sowie auf dem Gebiet der Löhne das Unternehmertum glaubt, die Wirtschaft ankurbeln zu können, glaubt,sich halten zu können. Sie werden mit diesen Mittelchen, die Sie anwenden, die Krise, die in der gesamten kapitalistischen Welt als Weltwirtschaftskrise besteht, hinausschieben können, also verzögern können. Aber diese unüberbrückbaren Gegensätze, die sich in der Ursache der Krise entwickeln, werden Sie nicht meistern können, der Austausch der Güter, die Produktion nach Bedarf. Erst dann wird es möglich sein,aus diesem Massenelend herauszukommen. Und wenn Sie, Herr Röchling, uns erzählen,daß Sie heute ärmer sind, als in der Vorkriegszeit, und wenn Sie uns erzählen, daß Sie nichts verdienen, dann stellen wir eins gegenüber fest, daß, so ungern es Ihnen liegt nach Rußland zu verkaufen, weil Sie die Bolschewisten nicht lieben,sondern sie hassen, Sie sind gezwungen nach dort zu verkaufen und zwar um der Erhaltung Ihrer selbst willen. Und so wie Sie gegen diese Dinge irrig

kämpfen

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10

A4

kämpfen werden, so werden Sie sich wehren gegen Maßnahmen, so werden Sie sich wehren gegen Maßnahmen, die im Interesse der Arbeiterschaft liegen, so werden Sie sich wehren müssen, von Ihrem kapitalistischen Gesichtspunkt aus betrachtet. Aber Sie werden keine Schornsteine rauchen lassen in Völklingen. Sie werden keine Schornsteine rauchen lassen in Ihrem Betrieb in Völklingen oder anderswo zu diesem irrigen Ziel, wenn in dem Moment die Profitfrage in Frage gestellt ist, dann werden Sie keinen rauchen lassen. Von den 1000 Arbeitern, die 30,40,50 Jahre lang redlich und treu dem Unternehmer gedient haben, auf die Straße werfen, der ist entlassen. Es kümmert sich niemand mehr um ihn, er ist auf die Armenpflege, die Wohlfahrtspflege, die Gemeinde, den Staat angewiesen. Wie Sie als Unternehmer zu diesen Dingen stehen, Sie können alsom nicht für die Linderung der Not der Arbeiter sein, schon aus kapitalistischen Gründen. Sie müssen aber als Unternehmer bis zu einem gewissen Zeitpunkt bis zu einer gewissen Spanne den Arbeitern ein Entgegenkommen zeigen, um den Bogen nicht zu überspannen. Die Arbeiterschaft wird aus diesen Dingen die Lehre zu ziehen haben. Alles Reden und alle Erklärungen in diesem hohen Hause, das ja - nebenbei gesagt - noch weniger zu sagen hat, ist nicht Sinn und Zweck. Aufgabe unsererseits wird es sein, die Arbeiterklassen über die wahren Grundlagen des Kapitalismus über die wahre Krise des Kapitalismus aufzuklären. Und sie kann nicht gehen mit Herrn Röchling, sondern die Arbeiterschaft kann nur gehen auf dem Boden des revolutionären Proletariats zum Zwecke der Gesundung, zur Errichtung der Wirtschaft, die aufgebaut ist nach Bedarf und auf sozialistischen Grundsätzen.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Herren! Wie ich bereits vorhin ausgeführt habe, wird sich die Regierung über die Anfragen betr. Finanzlage und Arbeitsbeschaffung in ihrer Sitzung, die morgen stattfindet, beschäftigen. Es war nicht möglich, früher die erforderlichen Unterlagen zu beschaffen, hoffe aber, Ihnen in der nächsten Sitzung darüber Erklärungen geben zu können.

Wenn ich nun heute nicht in der Lage bin, Ihnen die gewünschten Auskünfte zu geben, so möchte ich den Eindruck, als ob vielleicht nichts getan worden sei, zerstreuen. Ich kann Ihnen die Auskunft geben, daß eine ganze Reihe von Krediten bewilligt worden sind, um die Beschäftigung von Erwerbslosen sicher zu stellen für Straßenbauten, Eisenbahnbauten usw.

Für die produktive Erwerbslosenfürsorge sind folgende Summen ausgegeben worden:

Im	Jahre	1928	1,5	Millionen Franken,
"	"	1929	2	" "
"	"	1930	5,5	" "

Dann kann ich Ihnen auch noch die Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützungen angeben:

Diese betrugen	im	Jahre	1928	15,7 Millionen
	"	"	1929	20,8 "
	"	"	1930	39 "

An

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4 I

An diesen Ausgaben ist der Fiskus mit 5/6 beteiligt und die Gemeinden mit 1/6.

Bezüglich der Prims-und Bliesregulierung ist eine Gesamtregulierung wahrscheinlich nicht durchführbar, weil das Hochwasser zu rasch abgeführt würde, wodurch die Gemeinden, welche an den Schleifen liegen, zu sehr gefährdet werden könnten, sodaß also sehr wahrscheinlich nur eine Teilregulierung vorgenommen werden kann.

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

Diese Seite wurde überschlagen und enthält keinen Text.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Backes!

Abg. Backes (Arb.u.B.P): Meine Herren! Wir haben von Herrn Röchling die Ursachen der Weltwirtschaftskrise gehört,und wir haben am Schlusse nur gehört, daß wir eigentlich abwarten müssen, wie sich die Sache weiter entwickelt. Ich halte auch die Ausführungen zum Teil für richtig. Aber ,wenn hier erklärt wird, daß der Besitz verarmt ist, woher kommt es denn, daß wir heute in Deutschland 130 Millionäre mehr haben wie früher. Ich habe das schon im vergangenen Jahre in einer Statistik in einer Zeitung gelesen und nun auch vergangene Woche in der Saarbrücker Zeitung. Dazu geht durch die Presse die Notiz, daß sich 8 bis 12 Milkiarden Mark im Ausland befinden, die aus Deutschland ausgeführt worden sind, da die Besitzer Angst haben, daß sie in Deutschland ihr Geld einbüßen könnten. Aus dieser Tatsache läßt sich erkennen, wie sich die Finanzlage im Reich gestaltet hat. Durch die Inflation sind einige Wucherer und Schieber zu Millionären geworden, während anderseits Tausende Sparer arm geworden sind. Das muß man sagen, der Gesetzgeber hat es nicht verstanden, daß dort richtig zugegriffen worden ist. Nun haben wir mal diese Weltwirtschaftskrise und sind verpflichtet, mitzuhelfen , um sie zu beseitigen. Es sind heute morgen vom Herrn Gewerkschaftsekretär Kiefer verschiedene Briefe verlesen worden, und wenn man Arbeiter ist und mit der Bevölkerung Fühlung hat, dann weiß man, daß große Not herrscht. Die Wohlfahrtsetats der Gemeinden sind zum Teil jetzt schon erschöpft. Die Finanzlage der Gemeinden ist heute so,daß nur die allergrößte Bedürftigkeit berücksichtigt werden kann. Die Lage wird immer noch schlechter, und man spricht von Arbeitsbeschaffung usw. Da die Regierung diese Frage noch nicht beantworten kann, möchte ich der Regierungskommission doch einmal einen guten Vorschlag unterbreiten , dann kann sie ja gleich nachrechnen, welchen Betrag sie zur Verfügung frei bekommt, und der Rat ist der, daß die höheren Gehälter abgebaut werden, und zwar die Gehälter über Fr.2000. um 10 %, und die höheren Gehälter um 25 %. Wenn wir zurückdenken an die Besoldungsordnung, die 1927 in Deutschland vorgenommen wurde und die 1 1/2 Milliarden ausmachte - die sich erst später auf das Saargebiet auswirkte - so können wir feststellen, daß schon damals in der Westdeutschen Arbeiter Zeitung nur zu lesen war, daß die Eisenbahnverwaltung eine Bestellung von 300 Millionen Mark rückgängig machen mußte, weil sie das Geld benötigte, um die Beamten zu bezahlen. Dabei wissen wir, daß die unteren Beamten sehr wenig bekommen. Also diese Beamtenbesoldung hat während der 4 Jahre, die sie besteht, 6 Milliarden Mark aufgezehrt, die der Wirtschaft zugeflossen wären. Die Gemeinden können infolge der trostlosen wirtschaftlichen Lage ihre Steuern nicht mehr erhöhen, die Etats sind überlastet durch die hohen Gehälter - wir haben in unserem Bürgermeistereietat allein 170 000 Franken mehr Auslagen wie früher. Das muß doch zu denken geben, und man muß sich sagen: hier muß der hebel angesetzt werden bei der Beamtenbesoldung.

Wir haben heute von Herrn Röchling vernommen, daß er die hohen Gehälter nicht billigt. So denken nicht alle, denn die Wirtschaftsführer haben heute noch Geld übrig für alle möglichen Sachen, für die hohen Beamtengehälter, für die Finanzierung des Stahlhelms und ähnliches mehr. Dazu haben diese Herrschaften Geld und auf der andern Seite jammern sie über Unrentabilität. Es wird Aufgabe der

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4 I

sein, hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Ich glaube, die Regierung dürfte es sich gefallen lassen, wenn sie in einer Notzeit wie heute auf die Hälfte des Gehaltes verzichten würde, um Mittel bereitstellen zu können für Straßenbauten und dgl.m. Dies ist das dringende Gebot der Stunde. Man komme aber nicht und sage, die Regierung hat kein Geld zur Verfügung für Straßenbauten usw.

Meine Partei unterstützt die vorliegenden Anträge und stimmt natürlich zu, daß die Unterstützungssätze an die Erwerbslosen in der jetzigen Höhe weiter gezahlt werden.

LT Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 10
A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hey!

Abg.Hey(KP): Meine Herren! In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit will ich darauf verzichten unseren Antrag, den wir eingereicht haben zu begründen und ich beantrage, daß dieser Antrag an die dritte Kommission verwiesen wird.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heckler !

Abg.Heckler(KP : Meine Herren! Wir haben einen weiteren Antrag vorliegen bezgl. Aufhebung des § 218 des Strafgesetzbuches. Wir beantragen, daß dieser Antrag an die 8.Kommission verwiesen wird.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg.Petri(SP): Meine Herren! Bezüglich des Baues der Ostertalbahn wünschen wir, daß raschmöglichst eine klare Stellungnahme hierzu erfolgt. Bisher ist leider eine Entscheidung noch nicht getroffen worden. Die Frage ist derart wichtig und eilig, daß sie unbedingt rasch erledigt werden muß. Die preußische und die bayrische Regierung sind sich klar über das Projekt und seine Finanzierung und an der Saarregierung liegt es, die Genehmigung für den Saargebietsteil zu erteilen.

Vorsitzender: Der Antrag betr. Regulierung der Blies und der unteren Saar ist als Antrag des gesamten Landesrates zu betrachten. Zu den übrigen Anträgen wurde von allen Parteien Stellung genommen. Sie werden dementsprechend an die Regierungskommission weitergeleitet.

Damit schließe ich die Sitzung (1 Uhr 30 Minuten).

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 10 A4 I